Dienstag, den 28. Februar 1922.

94. Jahrgang. — Nr. 50.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3693.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 18.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 45.— Mk., monatlich 15.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. — Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 80 Pfg., Familienanzeigen 70 Pfg., Stellengesuche 60 Pfg.; außerhalb 1.— Mk., für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil, 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 4.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Betreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

England und Frankreich zur Boulogner Zusammenkunft

Zur Beratung von Boulogne schreibt

Robert Jouvenel

im „Oeuvre", man habe in Boulogne Dinge präzisiert, die man in Cannes nur andeutete. Andererseits wurden nicht wenige in Cannes entschiedene Fragen, namentlich die Fragen der Reparationen, in Boulogne im Schatten gelassen. Neues habe Poincare nicht von Boulogne überbracht. Auch die Tatsache, daß die Frage der Entwaffnung in Genua nicht zur Diskussion gestellt werden könne, betrachtet das Blatt nicht als einen Sieg Poincares, denn schon in Cannes wurde verkündet, daß die Konferenz von Genua einen rein wirtschaftlichen Charakter tragen werde und in keinem Fall politisch werden dürfe.

Andre Tardieu

sagt im „Echo National", das Communique gestatte Gedanken, daß die französische Regierung, was die Konferenz von Genua betrifft, negative Sicherheiten erhielt, worauf sie sehr großen Wert lege. Die zunächst zu fordernde Hauptgarantie betreffe den Respekt vor den Verträgen und der Aufrechterhaltung der Reparationsklausel. Das sei ein anerkennenswertes Ergebnis, aber nur ein negatives. Denn es sei notwendig zu wissen, wann in der Reparationsfrage die nächste Entscheidung getroffen werde. Darüber aber sei das Communique von Boulogne stumm.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple"

vertritt den Standpunkt, daß Poincare seit seiner Veröffentlichung seiner Artikel in der Revue deux Mondes viele Fortschritte gemacht habe. Er sei soweit angelangt, zu begreifen, daß die Interessen Frankreichs nicht allein von der Sanktionspolitik abhängen, und gebe auch zu, daß die Erfüllung der berechtigten Forderungen Frankreichs von dem Gedeihen anderer Länder abhängig sei. Es frage sich, was die Leute vom nationalen Block davon hielten.

Lloyd George

erklärte in einer Unterredung mit einem Sonderberichterstatter Reuters nach seiner Rückkehr nach England, Poincare und er selbst befänden sich in vollkommener Uebereinstimmung, sodaß er keinerlei weitere Zusammenkunft mit Poincare vor dem 10. April in Genua erwarte. Zweifellos seien alle Schwierigkeiten durch eine lange und freimütige Aussprache beseitigt. Die Erörterung habe in der Hauptsache der Konferenz von Genua gegolten und der Verhandlung der Fragen, die dort erörtert werden sollen. Es sei vollkommene Uebereinstimmung erzielt. Die Frage, ob Rußland anerkannt werden solle, hänge vollkommen von Rußland selbst und dessen Haltung in Genua ab.

Wie die Blätter melden, erklärte Lloyd George in einer weiteren Unterredung, **die Entente sei stärker als je.** Frankreich und Großbritannien würden zusammen für den Wiederaufbau Europas arbeiten. Die Tatsache, daß Rußland die Einladung zur Konferenz von Genua angenommen habe, bedeute keinesfalls die

Anerkennung der Sowjetregierung.

Alles hänge von den Sicherheiten und Bürgschaften ab, die Rußland in Genua geben könne; wenn diese befriedigend seien, werde die Anerkennung der Sowjetregierung folgen, vielleicht unverzüglich. Lloyd George erklärte, er werde jedoch unter keinen Umständen auf die Anerkennung der Sowjetregierung dringen, wenn die in Genua gegebenen Bürgschaften nicht befriedigend seien. Frankreich und England befänden sich in dieser Frage in Uebereinstimmung.

Westminster Gazette

schreibt, man habe keinen besonderen Grund, anzunehmen, daß der offizielle Bericht bei dieser Gelegenheit mehr Wahrheit enthalten habe, als bei früheren Gelegenheiten. Zweifellos sei eine Art Tauschhandel zustande gekommen. **Im Laufe der nächsten Tage werde man vielleicht etwas über die Natur des Handels erfahren.** Es sei jedoch zu viel verlangt, das Publikum zu ersuchen, es solle glauben, daß eine vollständige Uebereinstimmung bezüglich irgend eines der Hauptprobleme zwischen England und Frankreich erzielt worden sei. Es könne sein, daß Lloyd George, der zum ersten Male seit dem Frieden einem auswärtigen Staatsmanne gegenüberstand, mit der Aussicht einer Wahlniederlage nach Hause zu kommen, sich etwas nachgiebiger gezeigt habe als gewöhnlich. Er habe aber die endgültige Zusicherung, daß Frankreich die Konferenz von Genua nicht zum Scheitern bringe, und sei damit der Hauptplanke beraubt worden, auf der er, wie einige seiner besten Freunde erklären, an das Land appellieren wolle. **Was er jedoch für diese Zusicherung bezahlt habe, könne man nur vermuten.** Die gesamte Welt wisse, daß Poincare sehr entschiedenere Ansichten bezüglich der Bedingungen des englisch-französischen Paktes habe, und diese Ansichten seien **unter keinen Umständen vereinbar mit den Wünschen oder Interessen Englands oder mit den im Völkerbund und in dem Washingtoner Uebereinkommen enthaltenen Grundsätzen.**

Um das Programm der Konferenz von Genua.

„Daily Sketch" meldet, daß am nächsten Montag die Sachverständigen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans in London zusammentreffen werden, um das Programm der Konferenz von Genua vorzubereiten. Diese Zusammenkunft hänge noch von der Zustimmung Italiens, Belgiens und Japans ab. Es bestehe jedoch kein Zweifel, daß diese erfolgen werde.

Das Blatt schreibt: Die französischen Sachverständigen kommen nach London mit einem umfassenden Plan für die Neubeschaffung der internationalen Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland. Dieser Plan gründe sich auf der Anwendung des Grundsatzes der Freihäfen. Die Franzosen haben diesen Grundsatz ausgedehnt und sprechen von freien Zonen. Damit ist gemeint, daß die Sowjetregierung ersucht werden soll, gewisse Häfen und Gebiete als frei zu erklären. Innerhalb ihrer Grenze sollen sich die Ausländer ebenso wie russische Untertanen unter einem stabilen Regime befinden, ähnlich dem, das in den übrigen Teilen Europas herrscht. Verhaftungen dürften nach dem französischen Plan nur auf gesetzlicher Grundlage erfolgen. Waren dürften ein- und ausgeführt werden, ohne Zölle zu bezahlen oder dem Requisitionsrecht zu unterliegen.

Beamtennot.

Von einem Beamten.

Heute, wo der Streik der Reichsgewerkschaft glücklich beendet ist und man wieder anfängt, sachlich das Für und Wider, losgelöst von allen Gefühlswerten, zu betrachten, da ergibt sich mehr und mehr das Bild einer tiefgehenden Verbitterung in den Beamtenkreisen, einer Verbitterung, die durch die allerärgste Not hervorgerufen ist. Dabei handelt es sich nicht durchgehend um radikale Stimmen, die den Streik und die Hetze zu demselben aus Prinzip betreiben oder um ihr Parteisüppchen dabei zu kochen, sondern um Kreise, die den Beamtenstreik im Prinzip ablehnen, die aber auch wieder und immer wieder betonen, daß die Not aufs Höchste gestiegen ist. Dagegen sind jetzt alle theoretischen Erörterungen darüber, ob Berufsbeamtentum und Streikrecht miteinander vereinbar sind, ziemlich müßig. Die Leiter unseres Staatswesens müssen erkennen, daß in Stunden dringendster Not, wenn es sich um Sein oder Nichtsein, um die Fristung des nackten Lebens handelt, viele nicht mehr nach Recht und Gesetz fragen.

Es will scheinen, daß dieser Augenblick in greifbare Nähe gerückt ist, wenn Regierung und Volksvertretung nicht unverzüglich die versprochene, durchgreifende Reform der Beamtenbesoldung vornehmen, die allen Beamten wenigstens die Daseinsmöglichkeit gewährleistet. Diese Existenzmöglichkeit hatte, das beweisen alle Statistiken privater und amtlicher Art, der größte Teil der Beamten nicht, als die sog. „großzügige" Besoldungsreform im November v. Js. durchgeführt wurde. Bei der ständig steigenden Teuerung in den letzten Monaten ist selbst bei dem dürftigsten, ärmlichsten Leben die Lebensmöglichkeit auf ein Minimum gesunken wie nie zuvor. Wenn demgegenüber die Beamten sehen müssen, wie viele Kreise unseres „armen" Deutschland ein Leben in Saus und Braus führen, dann ist der Nährboden für unbedachte Handlungen, wie den jüngsten Eisenbahnbeamtenstreik, bereitet.

Es war für den Reichskanzler billig und leicht, die streikenden Eisenbahner mit den wenig geschmackvollen Ausdrücken Rebellen und Aufrührer zu bezeichnen. Würde er sich die Mühe gegeben haben, die inneren Ursachen zu erforschen, die die Beamten zu diesem verzweifelten Schritt geführt haben, dann würde er erkannt haben, daß nicht die „revoltierenden" Beamten die ersten waren, die kontraktbrüchig geworden sind, sondern der Arbeitgeber Staat, der seinen Beamten nicht das zum Leben Notwendige gibt, wozu er von Rechts wegen verpflichtet ist.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger" schreibt Oberpostdirektor Hermann Ehrhard über Gehalt und Streik in ihrem ursächlichen Zusammenhang sehr treffend: „Der Beamte hat nach dem Reichsbeamtengesetz Anspruch auf das mit dem Amte verbundene Diensteinkommen. Nach übereinstimmender Auslegung aller Rechtslehrer ist das Diensteinkommen keine Bezahlung einzelner Dienste, sondern eine Alimentationsleistung dafür, daß der Beamte seine ganze Persönlichkeit in den Dienst des Staates stellt, in diesem Dienst seinen Lebensberuf sucht und auf jeden anderen Lebenserwerb verzichtet. Deshalb hat auch der Staat durch Gewährung standesgemäßen Unterhalts ihm die Sorge für seine und seiner Angehörigen Existenz abzunehmen (Pieper, Reichsbeamtengesetz). Die Gewährung dieses Unterhalts beruht daher auf gesetzlichem Zwang, ebenso wie andererseits der Beamte gesetzlich gezwungen ist, seinen Dienst zu tun, solange er dazu fähig ist — und daher nicht streiken darf: Das eine bedingt das andere.

Darf der Beamte aber nun dennoch streiken, wenn er glaubt, daß Reich bzw. Staat es gesetzwidrig versäumen, ihn ausreichend zu besolden? Das scheint, auf die kürzeste Formel gebracht, die Streitfrage zu sein, die die Gemüter leidenschaftlich erregt. Es gibt heute sehr viele Beamte — nicht nur Eisenbahner —, die dem Hinweis auf das Streikverbot die Behauptung entgegenstellen, auch das Reich, bzw. der Staat, verletzten dauernd ihre gesetzliche Pflicht, die Beamten vor der Sorge um ihre und der Ihrigen Existenz zu schützen, mithin sei auch der Beamte von dem Streikverbot entbunden, ja, er sei sogar gezwungen, in dem verzweifelten Kampf um des Lebens Notdurft das äußerste Kampfmittel, den Streik, anzuwenden. Darum wollen viele Beamte auch nicht einsehen, daß das Reich nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet ist, die gesetzlichen Vorschriften insbesondere die Einbehaltung des Dienst-

Was geht im Rheinland vor?

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wird aus dem besetzten Gebiet geschrieben:

Seit kurzem macht sich insbesondere im südlichsten Teil des besetzten Gebietes, also in der bayerischen Rheinpfalz, aufs neue etwas bemerkbar, was einer französischen Mobilisationsvorberettung im Rheinlande nur zu ähnlich sieht. Wie damals in den Frühjahrstagen des Jahres 1921, werden auch jetzt wieder von den Kreisdelegierten Aufstellungen über Fabriken verlangt und die Möglichkeiten überprüft, ob solche Betriebe für kriegsmäßigen Bedarf umzustellen sind. Auch von den Klein- und Straßenbahnen werden Nachweisungen angefordert, die nur allzu deutlich darauf hinausgehen, die Verwendungsfähigkeit dieser Verkehrsmittel im Falle einer plötzlichen Mobilisation festzustellen. Dazu kommt noch, daß z. B. die französische Presse Aufrufe des französischen Kriegsministers brachte, in denen er Freiwillige zur Bildung von Eisenbahnerbataillonen im besetzten rheinischen Gebiet aufruft. Und wenn man sich vor Augen hält und weiß, daß der Abdruck dieser Aufrufe des französischen Kriegsministers in einigen pfälzischen Zeitungen so wenig in das Konzept der dort in Sachen der „Mobilisation" tätigen Männer paßte, daß diese Zeitungen, „wegen des Abdrucks eines Aufrufs des französischen Kriegsministers", von den französischen Delegierten dieses Landesteils auf mehrere Tage verboten wurden, so gibt das erneut Anlaß zum Nachdenken. Wenn aber noch dazukommt, daß Stadtverwaltungen aufgefordert wurden, jederzeit für die Bedürfnisse der Truppen 60 bis 100 Fahrräder bereitzuhalten, oder die Verpflichtung auferlegt bekommen, bei einem „plötzlich notwendigen Wegzug der in diesen Städten wohnenden französischen Offiziere" die Haftung für deren Mobiliar zu übernehmen, so scheint die Befürchtung, daß alle diese Dinge zusammen eine ganz geheime, wenn auch recht schlecht verschleierte Mobilisationsvorbereitung darstellen, nur allzu berechtigt.

Das polnische Liquidationsrecht für Oberschlesien.

Genf, 27. Febr. Die polnische Abordnung in Genf veröffentlicht im „Journal de Geneve" eine sehr befremdende Erklärung zur Liquidationsfrage, über die bisher in den Verhandlungen bekanntlich keine direkte Einigung erzielt werden konnte. Die polnische Abordnung behauptet, daß entgegen umlaufenden Gerüchten ein polnisches Liquidationsrecht auch für den polnisch werdenden Teil Oberschlesiens gelte, da der Versailler Vertrag es für das ganze Gebiet Polens vorsehe, zu dem nun auch Polnisch-Oberschlesien gehöre.

Diese im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen ziemlich auffällige Kundgebung der polnischen Abordnung erklärt sich wohl daraus, daß die gegenteilige Ansicht nicht nur von der deutschen Abordnung, sondern auch in letzter Zeit von neutralen Kennern der Frage, darunter dem bekannten holländischen Rechtslehrer Struycken, in seinem jüngsten bemerkenswerten Gutachten vertreten wird. Im übrigen stützt sich die deutsche Auffassung nicht nur auf den Wortlaut und den Sinn des Versailler Vertrages, und den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921, sondern vor allem auch darauf, daß bei den, gegenwärtigen Genfer Verhandlungen alle zweifelhaften Fragen nach dem jeweiligen Interesse der Oberschlesier selbst entschieden werden sollen.

Es dürfte aber wohl kein Zweifel darüber bestehen, wo in der Liquidationsfrage das Interesse der oberschlesischen Bevölkerung liegt, die selbstverständlich ausnahmslos nichts von einer Liquidation wissen will. Bei der Erklärung der polnischen Abordnung kann es sich also nur um einen sehr durchsichtigen Versuch der Stimmungsmache handeln, der seinen Zweck kaum erreichen dürfte.

Der Präsident der Saarregierung — Großoffizier der Fremdenlegion.

Wie das französische Propagandablatt für das Saargebiet aus Paris berichtet, ist Herr Rault, französischer Staatsrat und Präsident der Regierungskommission des Saargebiets, zum Großoffizier der Ehrenlegion ernannt worden.

Frankreich scheut sich nicht, durch diese Ehrenauszeichnung offiziell zu bestätigen, was alle Welt längst wissen müßte, nämlich, daß Herr Rault und seine Regierungskommission nicht, wie der Friedensvertrag vorsieht, Treuhänder des Völkerbundes im Saargebiet sind, sondern Vertreter der Interessen Frankreichs. Die Ehrung des Herrn Rault zeigt, daß er sich folgsam und treu nach den Anweisungen Loucheurs gerichtet hat, der ihn bekanntlich ernst aufsuchte, um ihm klar zu machen, „was Frankreich von ihm erwartet".

Das neue italienische Kabinett.

Von unserm römischen Mitarbeiter.

Das neue italienische Kabinett Facta setzt sich aus 8 Demokraten, 3 Mitgliedern der katholischen Volkspartei (Popolari) und je einem Mitglied der Landwirtspartei, der Reformisten und der Liberalen Rechten zusammen. Es findet seine Stütze somit in vier Parteien.

Politisch ist das Kabinett Facta als eine Rückkehr Giolittis unter neuer Deckfirma zu bewerten. Im Zusammenhang mit diesen Strömungen, die zur Bildung des Kabinettes Facta geführt haben, steht der Rücktritt des vatikanischen Kardinalstaatssekretärs Gasparri. Gasparri war der Vertreter der weltlichen Macht des Vatikans und als solcher ein ausgesprochener Gegner Giolittis. Jedenfalls deuten die ersten Anzeichen der neuen päpstlichen Politik auf eine mehr versöhnlichere Haltung des Vatikans dem italienischen Staate gegenüber. Die zweite politische Frage bei diesem neuen italienischen Kabinett ist die frankophile Einstellung des Giolitti-Kurses. Facta ist ein außenpolitisch noch zu sehr unbeschriebenes Blatt, um in dieser für Deutschland so hochwichtigen politischen Frage sich in begründeten Vermutungen ergehen zu können. Immerhin muß auf diesem Gebiete auch die beginnende politische Orientierung des Vatikans nach Paris hin bewertet werden. Gegenüber einem rein frankophilen Kurse Giolittis in dem neuen Kabinette Factas besteht ein gewisses Gegengewicht in dem Außenminister Schanzer, ohne Zweifel eines der fähigsten Köpfe des Kabinettes. Schanzers heftige Auseinandersetzungen mit dem französischen Delegierten auf der Washingtoner Konferenz in der Seerüstungsfrage sind noch in lebhafter Erinnerung. Schanzer wird nunmehr wohl auch der Vertreter Italiens auf der Genueser Konferenz sein. Es wird sich dann bald der Gesamtkurs des Kabinettes Facta zeigen.

Der Wert des tschechischen Militarismus.

Als Kaiser Karl zum zweiten Male in Ungarn sein Regiment wieder aufzurichten suchte, da war es der tschechische Außenminister Benesch, der aller Welt verkündete, die Mobilisierung der Tschechei habe den Putschplan Exkaiser Karls zu Fall gebracht. Wie es mit dieser Mobilmachung tatsächlich ausgesehen hat, davon erfährt man jetzt auf dem Umwege über Wien geradezu unglaubliche Dinge. Es ergibt sich, daß — wohl verstanden nach dem amtlichen Gesamtergebnis! — nicht weniger als 2169 Offiziere und etwa über 12 000 Mann zur Zeit der Mobilmachung desertierten oder überhaupt nicht eingerückt sind. Da die Gesamtwehrkraft der Tschecho-Slowakei reichlich 360 000 Mann beträgt, so hat also mehr als der vierte Teil bei der ersten Probe glatt den Gehorsam verweigert. Das wäre nun vielleicht zu verstehen, wenn diese Drückeberger aus den nicht tschechischen Gebieten stammten: aber nicht einmal dieser Trost ist dem Prager Hause geblieben. Im Gegenteil, unter den nicht Eingerückten befinden sich rund 50 000 Tschechen also mehr als die Hälfte. Damit fallen die schönen Potemkinschen Dörfer, die um die tschechische Heeresstärke herum aufgebaut waren, wie Kartenhäuser in sich zusammen. Daß die tschechischen Legionäre auch bei dieser Gelegenheit wieder ihren alten Deutschen-Haß nach Kräften haben austoben lassen, und die früheren österreichischen Offiziere, die jetzt als gewöhnliche Infanteristen einrücken mußten, wie Pferdeknechte behandelt haben, wird sicherlich nicht dazu beitragen, die Begeisterung für den Waffendienst in der Tschecho-Slowakei zu erhöhen. **Genug, das Gesamtergebnis ist, daß der tschechische Militarismus bereits sehr stark brüchig geworden ist und dadurch seine Werbekraft als Feind wie auch als Bundesgenosse wesentlich verloren hat.**

...ung setzt
...ährhaft
...Sprache
...eschätzten
...t außer-
...r diesen
...Nagel auf
...füge ich
...eits oder
...Verkehrs-
...-Dahlhaus-
...gung der
...arg sowie
...dt schwer
...e im De-
...erden M
...s letztere
...isenbahn-
...erden und
...und sagen
...el Bahn-
...nd schon
...er Bahn-
...Bochumer
...der Herr
...noch eine
...Präsident
...sterer noch
...nder, wo-
...timmel wo
...des Bahn-
...darüber
...ßt daraus,
...Wiemel-
...fekert und
...ung seiner
...n bekannt.
...das kleine
...ner Essen-
...erholen nach
...Stnie direkt
...t Bochum?
...inmal von
...enbahn-Di-
...nsre Bahn-
...r Einen.

...ltspartei.
...22.
...8 Uhr, bei
...ntliche Zu-
...in Lindorf
...r im „Haus
...kunft. Red-
...lhr in der
...ng.
...im „Ziller-
...tebner: Herr
..., abends 8
...er), Ver-
...Willich über
...Lage".

...r.
...era-Auszahlung
...3. Dienstag,
...9.

...se Posten
...tornister
...Taschen
...chen u. Knaben
...getroffen.
...Sattlerarbeit
...zialität:
...ler-Tornister
...chultaschen.
...illigste Preise
...meltheysche
...buchhandlung
...ochum
...Marktstraße 31.
...lefon 3968.

...Stoff hat
...naben-Kleidung. An-
...ach Maß, Umändern
...aufträgen bei billiger
...Bedienung in eigener
...Werkstatt. 8167
...ssel, Bochum
...er Straße 116

einkommens für die Streiktage, gegen die Beamten anzuwenden."

Weit schärfer stellt ein zweiter Artikel derselben Tageszeitung von Oberlandesgerichtssekretär Paul Wislot die tatsächliche Not der Beamtenschaft dar. Auch er ist ein Gegner des Streiks, führt dann aber aus:

„Der Staat ist nach geltendem Recht verpflichtet, den Beamten dafür, daß er seine ganze Lebenstätigkeit dem Staatsdienst widmet, für die Dauer seines Lebens standesgemäß zu unterhalten. Er muß auch später nach erfolgter Pensionierung seine dem Beamten obliegende Unterhaltspflicht durch Zahlung des Ruhegehaltes erfüllen.

Wie steht es aber in Wirklichkeit mit dem standesgemäßen Unterhalt? Der untere Beamte, so erklärte mir erst letztens einer, kann sich nicht einmal Sirup und Margarine aufs Brot kaufen. Er muß 14 Tage und länger sein Hemd, ohne zu wechseln, tragen, damit es länger hält und die Frau die teuere Seife sparen kann. Ich, der ich Fühlung mit den unteren Schichten des Beamtentums habe, weiß, daß die Not in diesen Beamtenkreisen fürchterlich ist. Ich weiß aber auch aus eigener Erfahrung, daß die Not der mittleren Beamtenschaft den Höhepunkt erreicht habe. Die meisten Beamten bis hoch in die Gruppen der mittleren Beamten reparieren das Schuhwerk der Familie selbst, schneiden sich mittels einer Maschine die Haare und entbehren, wo es nur irgend geht. Alle Künste haben einmal ein Ende; die Vorräte, besonders an Kleidern und Wäsche, werden alle, und schließlich muß doch etwas Neues beschafft werden."

Wer will behaupten, daß diese Ausführungen übertrieben seien? Das könnten höchstens Fernstehende tun, welche nur sehen, daß der Beamte trotz alledem immer noch einen heilen Rock trägt und seine Kinder noch leidlich sauber hält, sie vielleicht auch noch die höhere Schule besuchen läßt. Wer Gelegenheit hat, einmal tiefer in die wirklichen Verhältnisse hineinzuschauen, wird obige Ausführungen nur bestätigen können und zugeben müssen, daß wir von einer „grenzenlosen Beamtennot" sprechen können.

Sofortige Hilfe ist dringend nötig; denn täglich wächst die Teuerung in sprunghafter Weise und verschlingt den letzten Rest der Ersparnisse, wenn überhaupt noch solche vorhanden sind. Darum muß die Regierung unverzüglich daran gehen, schnelle und ausreichende Hilfe zu schaffen, wenn sich nicht ähnliche Verhältnisse wie Anfang Februar wiederholen sollen, waswohl jeder, dem das Wohl unseres Vaterlandes am Herzen liegt, mit aller Macht verhindert sehen möchte. Rs.

Der Pariser Chinabank-Skandal.

Die Affäre des ehemaligen Pariser Privatlehrers, jetzigen Generaldirektors der Chinabank, Pernotte, wächst sich zu einem politischen Skandal aus, der mit der Panama-Skandalaffäre verglichen werden kann. Die angesehensten Politiker, Journalisten und Zeitungsdirektoren des offiziellen Frankreich haben die umfangreichsten Schweigegelder gefordert und empfangen und Herr Pernotte war so schlau, für alle Fälle sich für diese sauberen Geschäfte eine sehr sorgfältige Liste anzulegen. Philipp Berthelot soll auf dieser „schwarzen Liste" in des Wortes eigenster Bedeutung eine ganz hervorragende Stellung einnehmen. In der Pariser Kammer hat man eine Untersuchungskommission von 33 Mitgliedern damit beauftragt, die politisch Verantwortlichen jeder Art festzustellen. Für die Wiederflottmachung des verkrachten Instituts sind bereits 300 Millionen Franks a fond perdu in Aussicht genommen. Indessen der kriminelle und politische Skandal dieser Affäre läßt die traurige wirtschaftspolitische Seite fast in den Hintergrund treten.

Franzosenwirtschaft in Oberschlesien.

Betrachtungen zum Fall Petersdorf.

Von unserem oberschlesischen Mitarbeiter.

Elf Monate sind seit der Abstimmung in Oberschlesien vergangen. Noch immer herrscht aber der Vollzugsausschuß der Verbündeten mit unumschränkter Gewalt über das Industriegebiet. Zwei Jahre dauert schon diese Herrschaft, die viel dazu beigetragen hat, die bevölkerungspolitischen Gegensätze zu verschärfen. Weiter kommt hinzu, daß gerade die französische Besetzung alles getan und nichts unterlassen hat, Oberschlesien die Faust des Siegers spüren zu lassen. Deshalb die Zwischenfälle, deshalb die Zusammenstöße, bei denen auf der einen Seite Deutsche, auf der anderen Seite aber immer Franzosen beteiligt waren. Offenbar wollten die Franzosen unter der Führung Le Ronds sich einen wirklichen Sieg über unbewaffnete Deutsche verschaffen, nachdem ihnen dieser Sieg über die bewaffneten deutschen Männer in Frankreich versagt geblieben war. Außer französischen Soldaten gibt es in Oberschlesien noch englische und italienische Truppen. Das Verhältnis zu den Deutschen war gewiß nicht freundschaftlich, aber so erträglich, daß die diplomatischen Gießkannen hüben und drüben nicht in Tätigkeit zu treten brauchten. Die deutsche Regierung hat alle Ursache, ein neues Weißbuch über die deutsch-französischen Zwischenfälle herauszugeben, um so vor der öffentlichen Meinung des Erdballs den Beweis zu führen, wie sich die Franzosen als Treuhänder in dem ihnen anvertrauten Gebiet benehmen.

Die Vollziehungsgewalt der deutschen Behörden ist im Abstimmungsgebiet seit zwei Jahren lahmgelegt. Rechtspflege und Verwaltung waren und sind matt gesetzt, was aus Oberschlesien buchstäblich eine Räuber- und Mörderhöhle gemacht hat. Nur auf diesem, so vorbereiteten Boden konnte der Fall Petersdorf gedeihen. Betrunkene französische Soldaten haben Deutsche auf der Straße angerempelt. Ein deutscher Polizeibeamter, der auftrags- und befehlsgemäß die Ordnung wieder herstellen wollte, wurde dabei von einem betrunkenen Franzosen erschossen. Soweit liegt die Sache ganz klar. Daß den Franzosen das Schießeisen in Oberschlesien sehr locker sitzt, besonders dann, wenn sie unbewaffneten Deutschen gegenüberstehen, ist eine vielfach erhärtete Tatsache. Daß die Franzosen auch anders können, daß sie sich bis an die Zähne bewaffnet vor einer unbewaffneten Volksmenge zurückzuziehen verstehen, daß haben wir im August 1920 in Kattowitz erlebt.

Indessen, alles was sich in Oberschlesien seit zwei Jahren an böseartigen Zwischenfällen ereignet hat, das alles fällt dem Geist zur Last, in dem der Vollzugsausschuß der Verbündeten, mit dem General Le Rond an der Spitze, seines Amtes waltet. Im Abstimmungsgebiet hat keine deutsche Behörde etwas zu sagen. Le Rond verbot sogar den Abgeordneten Oberschlestens, ihrer staatsbürgerlichen und verfassungsmäßigen Pflicht nachzukommen, an den Parlamentssitzungen teilzunehmen.

Die deutsche Regierung hat eine Note nach Oppeln gesandt, in der Sühne für Petersdorf gefordert wird. Aber aus Paris wird gemeldet, daß auch Frankreich Sühneforderungen für die Zwischenfälle in Petersdorf fordern will, weil vorher auch betrunkene Franzosen zu Schaden gekommen sind. Nämlich jene Franzosen, die die Deutschen ohne Grund angriffen. Dabei hat die deutsche Regierung auch heute noch nicht in der deutschen Zone des Abstimmungsgebietes ein Aufsichtsrecht. **Dem Vollzugsausschuß der Verbündeten gehören auch Engländer und Italiener an. Es fragt sich, ob sie es mit ihrer nationalen Würde vereinbaren können, irgendwie Ausflüchte der Franzosen zu decken. Der Mord an dem deutschen Polizeiwachtmeister ist glatt erwiesen. Die Täter sind bekannt. Für die Franzosen ist der Mord von Petersdorf der würdige Abschluß ihrer Tätigkeit in Oberschlesien.**

Soziales Leben.

tbo. **Lohnschiedsspruch.** Gelsenkirchen, 27. Febr. In den Lohnverhandlungen der hiesigen Metallindustrie fällte das Schiedsgericht einen Spruch, auf Grund dessen Lohnaufbesserungen in Form von Zeitzulagen in Höhe von 50 Pfg. für 14jährige und bis zu 1,25 Mark für über 21jährige Arbeiter gewährt werden. Die Sozialzulage wurde von 3 auf 4 Mark erhöht.

Zuziehung der Versicherten-Vertreter zu der Rentenfestsetzung in der Unfall-Versicherung.

Zu den seit langer Zeit verfolgten Wünschen aus Arbeiterkreisen in Bezug auf die Unfallversicherung gehört auch die Beteiligung der Versicherten an der Rentenfestsetzung durch die Berufsgenossenschaften. Eine solche Beteiligung ist bisher in der Reichsversicherungsordnung nicht vorgesehen. Man glaubte davon absehen zu können, weil einerseits die Unternehmer die Kosten der Unfallversicherung allein tragen, und andererseits für die Wahrung der berechtigten Interessen der Versicherten dadurch genügend gesorgt schien, daß in allen weiteren Instanzen der Unfallversicherung Versichertenvertreter zur Mitwirkung berufen sind. Die Statistik der Rechtsprechung, aus der sich ergibt, daß nur eine verhältnismäßig sehr geringe Zahl der Berufungen und Rekurse der Versicherten erfolgreich ist und zu Abänderungen der berufsgenossenschaftlichen Bescheide führt, bestätigt auch, daß die Berufsgenossenschaften bei ihrer Rentenfestsetzung es bisher an einer wohlwollenden Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen nicht haben fehlen lassen. Trotzdem haben zahlreiche Berufsgenossenschaften, u. a. auch die Knappschafts-Berufsgenossenschaft, sich freiwillig entschlossen, Arbeitnehmervertreter zu der Rentenfeststellung hinzuzuziehen. Nachdem die erforderliche Satzungsänderung vorgenommen und vom Reichsversicherungsamt genehmigt ist, werden nunmehr Arbeitnehmervertreter in der Rentenfeststellungskommission mitwirken. Es darf erwartet werden, daß das Mißtrauen, das in Arbeiterkreisen gegenüber den Berufsgenossenschaften überhaupt und insbesondere gegenüber dem Rentenfestsetzungsverfahren besteht, sich verringert, wenn die Versicherten sich durch die Beteiligung ihrer eigenen Vertreter davon überzeugen können, wie sehr die Berufsgenossenschaften bestrebt sind, allen berechtigten Ansprüchen der ihrer Fürsorge anvertrauten Versicherten zu genügen. Insofern ist zu hoffen, daß diese Maßnahme dazu beiträgt, den sozialen Frieden zu fördern, ein Ziel, dessen Verwirklichung gerade in der gegenwärtigen Zeit mit allen Mitteln besonders erstrebt werden muß.

Wie sieht der Reichsbund aus?

Als am 12. Juni 1921 in Hannover, wie auch im ganzen Deutschen Reiche, Protestkundgebungen zur Befreiung unserer armen Gefangenen aus dem Zuchthaus von Avignon (Frankreich) stattfand, da schloß sich der Reichsbund in Hannover von dieser Kundgebung aus mit der geradezu lächerlichen Erklärung, man müsse dieser Armen in stiller Trauer gedenken. O, rote Einfalt des Reichsbundes, als wenn man mit stiller Trauer bei den Franzosen etwas zu erreichen wäre. Der wahre Grund war aber, daß dem Reichsbund die Teilnahme der Kriegervereine nicht paßte, aber die Teilnahme an der Maifeier lag ihm näher.

Als am 13. November 1921 die gesamte Bürgerschaft der Stadt Ahlen i. W. einen öffentlichen Trauertag zu Ehren der im Weltkrieg gefallenen Kameraden, mit einem Blumentag und einer Haussammlung für alle Hinterbliebene, also auch der Hinterbliebenen des Reichsbundes, veranstaltete, da schloß sich der Reichsbund aus. Die Begründung aber ist für den religiös neutral sein wollenden Reichsbund bezeichnend, sie lautet nämlich, der Trauergottesdienst in den Kirchen passe ihm nicht. An der Zeche war ein Anschlag zu lesen, indem es heißt: nicht an der Kundgebung teilnehmen, aber auch nicht an der Mildtätigkeit. Auf gut deutsch heißt das: Wir, der Reichsbund, haben für unsere Hinterbliebenen nichts übrig, und wünschen auch nicht, daß man der religiösen Ueberzeugung der Mitglieder Freiheit gewährt. Ach, du schöner roter Reichsbund, man lernt dich täglich besser kennen. Hoffentlich dämmert es allmählich unter den Kriegsopfern, denen nur an wahrer Arbeit für ihre Beiträge gelegen ist.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 27. Febr. Gestern nachmittag stießen auf der Chaussee Wannsee—Potsdam zwei Kraftwagen mit voller Wucht zusammen. Der Führer und Besitzer des einen, der Russe Skobelew, ein Bruder des früheren russischen Ministers, erlitt tötliche Verletzungen und ist wenige Minuten nach seiner Aufnahme in einem Potsdamer Krankenhaus gestorben. Seine Schwester kam mit einem Nervenschock davon. Von den Insassen des anderen Kraftwagens erlitten drei Personen leichte Gehirnerschütterungen.

Berlin, 27. Febr. Wegen Gruppens Ausbruch aus dem Hirschberger Gefängnis wird einer Meldung des L.-A. zufolge gegen die belasteten Beamten sehr bald Strafverfahren eingeleitet werden.

Berlin 27. Febr. Der Unterwachtmeister der Schutzpolizei Willi Zibler, der vor zwei Monaten bei der Polizeihauptkasse 860 000 Mk. unterschlug, wurde einer hiesigen Korrespondenz zufolge in Leipzig von Beamten der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen. Wie erinnerlich, wurde der Helfershelfer, der Unterwachtmeister Willi Fechner bald nach der Tat in Köpenick ergriffen. In der Untersuchung gelang es übrigens, von der veruntreuten Summe etwa 600 000 Mk wieder herbeizuschaffen. Zibler besaß kein Geld mehr.

Bern 27. Febr. Der Hüter des Bergwirtshauses und des bekannten meteorologischen Observatoriums auf dem 2500 Meter hohen Säntis in den Appenzeller Alpen ist samt seiner Frau ermordet worden. Telephon und Telegraph funktionierten schon mehrere Tage nicht mehr, man halte dies aber auf fallende Schneemassen zurückgeführt. Einzelheiten fehlen.

Sonderbare Berichterstattung.

In einer Anzahl von sozialdemokratischen Zeitungen wird unter dem Titel: „Für besseren Bergarbeiterschutz" folgendes ausgeführt:

„Auf Antrag der Abgeordneten Husemann und Genossen (Soz.) im Landtag wurden seinerzeit sämtliche Seilfahrteinrichtungen der Bergwerksbetriebe geprüft. Der Bericht des Handelsministeriums zeigt, wie notwendig eine fortgesetzte scharfe Kontrolle der Seilfahrteinrichtung ist. Es wurden untersucht 889 Seilfahrtschächte und 325 Nebenanlagen. Festgestellt wurden in 57 Fällen Seilbeschädigungen, in 57 Fällen hatte die Fangvorrichtung versagt. Während in den Oberbergamtsbezirken Dortmund und Bonn die Beanstandungen 26—30 Prozent der untersuchten Seilfahrteinrichtungen betrugen, stieg der Prozentsatz in Oberschlesien auf 42, in Niederschlesien sogar auf 51 Prozent. Wenn sich auf manchen Schächten geradezu eine Panikstimmung geltend machte, so ist das verständlich; waren doch z. B. in einem Falle 84 Drahtbrüche in einem sechs Jahre aufliegenden Seil vorhanden. Trotzdem den Bergarbeitern dieser Zustand bekannt war, mußten sie diesem brüchigen Seil ihr Leben anvertrauen. Auf Antrag des Berichterstatters, Genossen Osteroth, beschloß der Ausschuß, alljährlich (neben den bergpolizeilich vorgeschriebenen) Prüfungen der gesamten Seilfahrtsanlagen durch die zuständigen Organisationen unter Hinzuziehung der Betriebsräte vorzunehmen und dem Landtage das Resultat zur Prüfung zu unterbreiten."

Gegenüber diesem Artikel, der mit dem recht weitgefaßten Begriff „Beanstandungen" den Eindruck erweckt, als habe die genannte Kommission schwere Mißstände in den Seilfahrtsbetriebe unserer Gruben aufgedeckt, ist es recht interessant zu lesen, was der Kommissionsbericht zusammenfassend über das Ergebnis der Prüfungen sagt. Es heißt da einmal:

„Nach dem Gesamtergebnis der Untersuchung besteht bei keiner der untersuchten Seilfahrteinrichtungen eine besondere Betriebsgefahr. Soweit Mängel

Die indische Tänzerin

Roman von Paul Oskar Höcker.

6) (Nachdruck verboten.)

In dem indischen Kostüm machte Röchlingen übrigens bei der gesamten Damenwelt Furore. Er war sehr groß und sehr schlank. Nach der neu aufkommenden amerikanischen Mode ging er glatt rasiert. Zu seinem dunkeln, kurzgeschnittenen Haar, der scharf markierten Stirn, der schmalen, großen, geraden Nase und den ausdrucksvollen, stahlblauen Augen paßte das ausgezeichnet. Irgendwer hatte einmal behauptet, er ähnle einem friderizianischen Jugendbild. Der Hoftheaterfriseur, der ihm bei der Kostümierung zur Hand gegangen war, hatte trotzdem das Kunststück fertiggebracht, aus dem preußischen Soldatentyp einen waschechten Inder erstehen zu lassen. Das Hauptbilfsmittel bildete der Turban. Die Komtesse hatte dem Friseur mit eigener Hand gezeigt, wie man dazu das lange, rosenrote, seidene Tuch kunstvoll verschlingen mußte. Von der Anwendung von Schminke, um den dunklern Teint zu erzielen, wie ihn die junge Gräfin besaß, wollte Röchlingen aber durchaus nichts wissen.

Das scharfe Tempo, in dem die Komtesse auf den Flirt mit dem preußischen Assessor einging, ward vielfach besprochen. Man hätte sich schließlich damit abgefunden, wenn Herr v. Röchlingen der einzige gewesen wäre. Aber die Komtesse Helvett verfügte nach wie vor über ein großes Aufgebot vor ihrem Triumphwagen. Am meisten kamen sonst noch zwei „Getreue" in Betracht: Varnehagen und Pohl junior.

Daß die Gräfin Linda so auffällig den „Filius der Kohlenfirma" vorzog, ward ihr sehr übelgenommen. Kam es ihr für Helvett etwa auf eine Geldheirat an? Nach der allgemeinen Schätzung befand sich Graf Eltz doch selbst „in einer adelslosen Assiette". Und dann hätte die Verbindung mit dem Rittmeister schließlich immer noch bessere Aussichten geboten. Was war denn Herr Edu Pohl anders als der Sohn eines reichen Vaters? Er galt für einen guten Sportsmann und war Reserveoffizier. Das war alles. Konnte das die anspruchsvolle Komtesse locken? Wozu also plötzlich der Aufwand von Freundschaft? Wozu nun gar die Einführung bei Hofe? Denn das Tollste war: Pohl junior hatte richtig eine Einladung zu dem nach der Generalprobe im Palais der Prinzessin Sophie Barbara stattfindenden Empfang erhalten. Das hatte doch etwas zu bedeuten. Zum mindesten dies: daß Pohl junior damit für eine ganze Reihe unversorgter junger Tänzerinnen der Bürgerressource ausschied.

Der heimliche Kampf zwischen den drei Herren ward mit täglich wachsender Aufmerksamkeit verfolgt.

Herrn v. Röchlingen kannte man ja nur wenig. Aber man wußte, was der Klatsch über ihn und seine Freundschaft mit Frau v. Korff verbreitet hatte. Einige belastende Vorgänge erfuhr man nun auch aus Andeutungen des Rittmeisters, der über derlei Dinge ja stets unterrichtet war. Aber nicht nur auf diesem Gebiet nutzte Varnehagen seine Talente aus. Er galt allgemein für den besten Tänzer, und Helvett, die selbst leidenschaftlich gern tanzte, bildete mit ihm zusammen ein Paar, das im Ballsaal stets Aufsehen erregte. Es kam vor, daß eine ganze Reihe anderer Paare pausierte, um den beiden zuzusehen — vielleicht auch, um den Vergleich nicht herauszufordern. Denn Helvetts Tanzkunst war wirklich hervorragend.

Den Rittmeister v. Varnehagen hatten die Ballmütter der Residenz schon seit einiger Zeit gänzlich aufgegeben, trotzdem er vermögend war und auf eine Mitgift kaum zu sehen brauchte. Das hatte seinen tieferen Grund. Er war zwar stets ein scharfer Richter über andere, hatte aber selbst schon verschiedene tolle Geschichten angestellt, über die man hier nicht so leicht hinwegkam. Uebrigens hatte er sich in den letzten Jahren immer auf den überzeugten Hagestolz aufgespielt. Es mußte also wohl schon so ein gewisses, pikantes Etwas dabei sein, wie bei diesem „Indian girl", um ihn in Fesseln zu schlagen. Eine gewöhnliche, ortsübliche Heirat kam für ihn nicht in Betracht.

Rührend war es übrigens mit anzusehen, wie Edu Pohl versuchte, den Wettbewerb mit dem scharfen Rittmeister aufzunehmen. Der schnitt ihn an dem Empfangsabend der Prinzessin Sophie Barbara derart, daß jeder andere seine Maßnahmen getroffen haben würde. Aber Pohl schien schon glücklich, wenn er der Komtesse nur eine Limonade bringen durfte. Im übrigen hielt er sich den ganzen Abend über bescheiden im Hintergrund. Er fühlte wohl selbst, daß er nicht recht hierher paßte. Von den wenigen Zivilisten war er der einzige, dessen Frack keinen Knopflochschmuck trug.

Beim Empfang im Palais der Prinzessin Sophie Barbara war es, wo Frau v. Korff zum erstenmal den Regierungsassessor v. Röchlingen als Tischnachbar bekam. Als Röchlingen im Vorsaal von der großen silbernen Schale, die ihm der Lakai vorhielt, das Kärtchen abhob, das ihm den Namen der von ihm zu Tisch zu führenden Dame nannte, erschrak er. Herr v. Zedern hatte es gesehen, er beschwor es. Aber Frau v. Korff empfing den ehemaligen Hausfreund, als er nach den Konzertvorträgen kam, um sie abzuholen, mit einem triumphierenden Ausdruck. Sie war nicht ganz unschuldig an diesem Zusammentreffen: Exzellenz v. Rüdiger hatte erst gestern noch die Prinzessin besucht und dabei gesprächsweise fallen lassen, daß ihr Vogierbesuch, den sie der Prinzessin vorgestellt hatte, von Ostpreußen her mit dem preußischen Regierungsassessor so sehr gut bekannt war.

Frau v. Seldega, die Gattin des Hoftheaterintendanten, Herr v. Zedern, der Adjutant des Leibdragoner-Regiments, und noch ein paar nähere Bekannte des Hauses Rüdiger saßen in unmittelbarer Nähe des Paares, das „von Ostpreußen her so gut bekannt" war. Mit reger Teilnahme folgte man der Unterhaltung der beiden, man beobachtete ihr Mienenspiel — und hinterher erörterte man auch allerlei, was dadurch interessant ward, daß die beiden es nicht erörtert hatten. Ueber die Zeit in Dembrowo hätte das Paar nämlich überhaupt keine Silbe gewechselt, wenn ein paar Fragen der Umsitzenden ein Ausweichen nicht geradezu unmöglich gemacht hätten.

Frau v. Korff war sehr lebhaft, sie hatte etwas Gereizt-Schalkhaftes, indem sie ihren Nachbar mit seiner Passion für Indien und „Indian girls" aufzog.

„Solche Passionen sind sehr zeitraubend," sagte sie. „Denn sonst würde ich doch auch schon die Freude gehabt haben, Sie bei mir zu sehen, lieber Röchlingen, um zu hören, wie Ihre Passion für diese exotische Wunderwelt entstanden ist."

Er schwieg ein paar Augenblicke. Erst als die Unterhaltung am Tische weiterging, sagte er, seinen Ton etwas dämpfend: „Beichten müssen Herzensbedürfnis sein, sie lassen sich nicht kommandieren."

Sie lachte. „O — auf eine Beichte käm's also doch hinaus?"

Er sah sie ernst an; ihre erzwungene Heiterkeit peinigte ihn. „Es kann in das Leben eines Mannes, der früher bloß so in den Tag hinein gelebt hat, doch plötzlich etwas Großes, Festliches, Heiliges treten, was Respekt verdient." Fast tonlos setzte er hinzu: „Den Respekt auch derer, die es nicht verstehen können — oder wollen."

Frau v. Korff hatte sich zurückgelehnt und fächelte sich nervös Luft zu. „Das Große, Festliche, Heilige — das sind die Schätze aus dem indischen Märchenlande?"

„Es ist eine ganz neue Welt für mich, gnädige Frau."

„Und die ist so voller Geheimnisse, daß Sie Ihrer alten Freundin durchaus nichts davon verraten wollen?" Sie hielt für ein paar Sekunden den Fächer vor dem Gesicht fest und warf ihm einen langen, durchbohrenden Blick zu. „Wenn ich Sie bitte?"

„Ist Ihnen denn mit einer schönen Lüge gedient, Frau v. Korff?"

„So, so. Sie würden es also sogar fertig bringen, schön zu lügen. Um mir eine häßliche Wahrheit zu verschleiern. Sie haben sich sehr verändert, lieber Freund."

„Ich sagte es Ihnen ja schon. Ich bin ein ganz anderer geworden. Mein Leben hat jetzt erst Richtung und Ziel bekommen."

„Das Ziel kenne ich." Ein Lächeln umspielte ihren Mund. „Die hohen, stolzen, goldenen Türme von Dschaipur, nicht wahr? Denn man sagt doch, daß sie — sehr golden sind. Oder täusche ich mich?"

„Hoch sind sie allerdings, diese Türme. Und sehr stolz."

Das letzte Wort war so abweisend herausgestoßen, daß Zedern, der Regimentsadjutant, der an der rechten Seite von Frau v. Korff saß, ohne jeden Uebergang lebhaft über die Carmen-Aufführung im Hoftheater zu reden anfing; denn die Unterhaltung der Umsitzenden war plötzlich verstummt.

(Fortsetzung folgt.)

festgestellt worden ist, ist seitens des die Untersuchung leitenden Beamten deren Abstellung angeordnet und das durch eine erneute Untersuchung nachgeprüft worden."

Jeder, der einen praktischen Betrieb kennt, weiß den Unterschied zwischen einem „Mangel" und einer „Betriebsgefahr" zu würdigen. Auch der Kommissionsbericht unterscheidet hier scharf. Der Berichterstatter des „Volksblattes" spricht einfach von „Beanstandungen", unter denen natürlich auch der unbedeutende Fehler verstanden werden kann.

Unter dem besonderen Punkt 5 „Förderseile" sagt der Bericht:

„Die Untersuchung der Förderseile führte in 22 Fällen zu einer Ablegung des Seiles. In allen diesen Fällen besaß das Seil nach der letzten, bergpolizeilich vorgeschriebenen Untersuchung zwar noch die erforderliche Sicherheit in Bezug auf Seilfahrt und Produktenförderung. Infolge des allgemeinen Zustandes des Seiles bei der außerordentlichen Prüfung (größere Anzahl Drahtbrüche, Lockerung der Litzen, starker Rostansatz) hielt der besichtigende Beamte die Ablegung jedoch für angebracht; häufig regte die Werksverwaltung dies von selbst an."

In den übrigen 49 von den vom „Volksblatt" gezählten 71 Fällen war offenbar auch die Kommission nicht der Ansicht, daß das betreffende Förderseil abgelegt werden müsse, sonst hätte sie wohl auf ein Ablegen gedrängt.

Als Beispiel erwähnte dann der Berichterstatter ein Seil, das trotz 84 Drahtbrüchen noch im Betriebe war. Da die Tagespresse öfter Mitteilungen bringt über Drahtbrüche in Förderseilen, die geeignet sind, in der Oeffentlichkeit zu falschen Vorstellungen zu führen, so sei hier kurz auf diesen Fehler an Förderseilen eingegangen. Die hauptsächlich bei uns benutzten Förderseilen bestehen aus 180—220 Drähten. Wenn unter diesen Drähten bei der Herstellung ein mangelhafter Draht war, so bricht dieser nach verhältnismäßig kurzer Betriebszeit an immer neuen Stellen. Es ist also sehr gut möglich und auch nachgewiesen, daß ein Förderseil mehrere hundert Drahtbrüche haben und daß alle diese Drahtbrüche in einem einzigen Drahte liegen. Die große Anzahl von Drahtbrüchen bedeutet dann nur eine Schwächung des Seiles um 0,5 Prozent, die also ganz unwesentlich ist. Für eine Beurteilung der Seilsicherheit sagt deshalb die absolute Zahl der Drahtbrüche sehr wenig, und es erfordert eine besondere Sachkenntnis, aus den jeweiligen Begleitumständen im einzelnen Fall die Bedeutung der Drahtbrüche richtig einzuschätzen. Praktisch kann man sagen, daß Seile, die lediglich wegen Drahtbrüche abgelegt werden, fast niemals die Sicherheitsgrenze erreichen sondern stets nur eine geringe Schwächung bei Zerreißversuchen erkennen lassen.

Wenn das Volksblatt zum Schluß Wert darauf legt, daß alljährlich außerordentliche Prüfungen der gesamten Seilfahrtanlagen durch die zuständigen Organisationen stattfinden sollen, so darf auch wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß zu solchen Prüfungen auch Sachverständige zugezogen werden, denn letzten Endes ist insbesondere bei Förderseilen, die ein derartig abgeschlossenes Fachgebiet darstellen, daß nicht allgemein jeder Ingenieur oder Bergmann auf diesem Gebiet als Fachmann bezeichnet werden darf, eine genaue Sachkenntnis für den Bergarbeiterschutz wohl die erste Erfordernis.

Gerichtszeitung.

Das zweite Teilurteil im Mudra-Prozeß.

s. **Essen**, 26. Febr. Am gestrigen 9. Verhandlungstage wurde die Erörterung des Deckengeschäfts fortgesetzt und abgeschlossen. Unter den vernommenen Zeugen befindet sich auch der Leutnant Herlitzius, der die Mudra-Affäre in Fluß gebracht hat. Der Zeuge ist Architekt und in Düsseldorf ansässig. Er lernte, wie er angibt, den Angeklagten Mudra in einem Hotel in Düsseldorf kennen. Mudra besprach mit ihm den Ausbau des Essener Flüchtlingslagers und fand in ihm eine geeignete Kraft für seine Zwecke. Herlitzius, der damals unmittelbar nach Beendigung des Krieges ohne Beschäftigung war, folgte bereitwilligst der Aufforderung Mudras, eine Anstellung im Essener Flüchtlingslager zu übernehmen. Er wurde zunächst einfacher Angestellter und dann Vertreter des Herrn Kommissars Mudra. Schon bald legte ihm Mudra den Titel Adjutant bei. Aber das ursprüngliche harmonische Verhältnis zwischen den beiden Männern war auf die Dauer nicht von Bestand. In der gestrigen Verhandlung kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Zeugen Herlitzius und dem Angeklagten Mudra. Die Auseinandersetzung endete mit der Erklärung des Zeugen Herlitzius: Ein Mann, der moralisch auf derselben Stufe steht, wie Mudra, hat nicht das Recht, über mich zu Gericht zu sitzen. Es wurde weiter festgestellt, daß Mudra nicht allein einige der Angeklagten in sehr nahem Verkehr um sich gesammelt hat, daß er vielmehr die Herren des Roten Kreuzes aus Berlin mit Vorliebe zu Veranstaltungen im Kaiserhof zu Essen eingeladen hat, bei denen es hoch herging. Diese Angabe wurde durch einen Mitangeklagten bestätigt. Nachdem auch verschiedene andere Zeugen vernommen sind, die zu dem Deckengeschäft im Grunde genommen nichts wesentliches zu bekunden haben, werden noch verschiedene Schuh- und Sockengeschäfte kleineren Umfanges erörtert, an denen mehrere Angeklagte beteiligt sind. Hierauf wird die Beweisaufnahme geschlossen. Nach der fortgeschrittenen Beweisaufnahme war die Verhandlung so weit gediehen, daß von den Angeklagten drei abgeurteilt werden konnten. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten Fritz Strüwer aus Berlin, Imme aus Neukölln und Häuser aus Leipzig 5000 bezw. 4000 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete gegen Strüwer und gegen Imme auf je 4000 Mark Geldstrafe. Der Kaufmann Häuser aus Leipzig wurde freigesprochen. In der Urteilsverkündigung führte der Vorsitzende aus, daß bei Strüwer und Imme Kettenhandel nicht nachgewiesen ist. Es kommen vielmehr nur Provisionssätze in Frage, die über das zulässige Maß hinausgehen. Bei Strüwer ist vor allen Dingen auch berücksichtigt, daß das Deckengeschäft in der Tat nicht abgeschlossen worden ist, und daß der Angeklagte die fragl. 50 000 Mark Provision, von denen in unserem letzten Bericht die Rede war in Wirklichkeit nicht erhalten hat. Wäre diese Vermittlerprovision tatsächlich ausgezahlt worden, so hätte auf eine weit höhere Strafe erkannt werden müssen. Bei dem Angeklagten Häuser, der Großhandelserlaubnis hatte, und der zudem, wie er angibt, an das Ausland Decken lieferte, ist kein Kettenhandel nachgewiesen worden. Am nächsten Montag wird die Verhandlung fortgesetzt. Es soll zunächst die Vernehmung des Zeugen Herlitzius fortgesetzt werden. Am Mittwoch ist Ruhetag. Am Dienstag und Donnerstag sollen Angestellte des Roten Kreuzes vernommen werden. Unter den Zeugen, die für die nächsten Tage vorgesehen sind, befinden sich u. a. der Beigeordnete Dr. Küppers, der Direktor des Kaiserhofs, Walter, Hotelier Netze aus Essen und der Bahnhofsvorsteher von Dortmund.

Aus der Nachbarschaft.

* **Westenfeld**, 25. Febr. In der Gemeinderats-Sitzung wurde bei der Abnahme der Gemeindekassenrechnung für das Jahr 1921 festgestellt, daß die Einnahmen nach Mitteilung des Amtsvertreters 2 339 938,17 Mark betrugen, die Ausgaben 2 283 203,96 Mk. Es besteht ferner ein Einnahmerest von 5 513,41 Mk. und ein Ausgaberest von 445 448 Mark. Damit ergibt sich ein Fehlbetrag von rund 338 000 Mk. Der Ausgaberest ist dadurch entstanden, daß die Landesschulkasse ihre Abrechnung erst in letzter Zeit zugeschickt hat, so daß in dem Etat die Summe nicht frühzeitig genug eingesetzt werden konnte. Der Kasse wurde Entlastung erteilt, ebenso wurden einige kleinere Ausgabeposten bewilligt. Die Gemeindevertretung erklärt sich dann mit dem Erwerb des Grundstücks von Fräulein Hähne gen. Baumann einverstanden. Es handelt sich um ein an der Bergstraße in der Nähe der Turnhalle gelegenes Grundstück. Ebenso war sie einverstanden mit dem Ankauf des Grundstücks zur Fortführung der Stephanstraße. Mit der Erhöhung der Lichtpreise und der Krankenhauspflegegelder erklärte sich die Gemeindevertretung einverstanden. Um in Zukunft genau zur Hand zu haben, welche Mitglieder in der Gemeinderatssitzung für oder gegen einen Antrag gestimmt haben, soll das Ergebnis der Abstimmung in Zukunft genau protokollarisch festgelegt werden. Den Gesangvereinen wurde gestattet, in Zukunft jährlich zwei Konzerte von künstlerischem Werte für die Pauschalsteuer von 25 Mark zu veranstalten.

* **Wattenscheid**, 27. Febr. Sonntagskarten. Die Eisenbahndirektion teilt mit: „Mit Gültigkeit vom 12. März beabsichtigen wir, von Gelsenkirchen-Wattenscheid und Wattenscheid nach folgenden Stationen Sonntagskarten auszugeben: Altena (Westf.), Blankenstein (Ruhr), oder Burg, Dahl, Dahlhausen-Ruhr, Dechenhöhle, Duisburg-Hbf., Essen-Hügel, Fröndenberg, Hattingen-Ruhr, Hösel, Hohenlimburg, Iserlohn, Kettwig, Kupferdreh, Langenberg, Lüdenscheid, Neheim-Hüsten, Neviges, Nierenhof, Sprockhövel, Werden, Werdohl und Wetter-Ruhr. Nach Mülheim-Ruhr und Witten werden schon jetzt Sonntagskarten ausgegeben. Höntrop muß als Ausgabestation angeschlossen werden. Sollte sich im Laufe des Sommers ergeben, daß einzelne der eingeführten Sonntagskarten wenig oder gar nicht benutzt werden, so behalten wir uns deren Einziehung vor." — Der nächste Viehmarkt wird am Gertrudistage, Freitag, den 17. März, stattfinden. Dieser Viehmarkt ist von altersher einer der beschicktesten und meist besuchten.

re. **Linden**, 27. Febr. Einen Dichterabend veranstaltet der Lehrerverein Linden-Dahlhausen Freitag, 3. März, abends 8 Uhr, im Scheidtmannschen Saale an der Königstraße. Herr Professor Chastelle aus Breslau wird aus den Werken verschiedener Dichter der Neuzeit vortragen. — Die evang. Kirchengemeinde feiert am Sonntag, 12. März, ihr diesjähriges Missionsfest. Herr Missionar Rudersdorf aus Nias wird des Morgens um ½10 Uhr in der Christuskirche im Festgottesdienst die Festpredigt halten. Am Nachmittag um 3 Uhr wird der Festredner in demselben Gotteshause in der Nachversammlung über seine Missionsarbeit in seinem Missionsgebiet Nias usw. berichten. — Die Passionsgottesdienste finden in Linden während der Leidenszeit jeden Freitag nachmittag um 5 Uhr vom 3. März cr. ab in der Christuskirche statt. — Neuer Luftschacht. Die Bewohner der Königstraße in der Umgebung der Ausweiche bei Nüllmann wurden seit einiger Zeit durch dumpfe Schläge, die aus dem Erdinnern zu vernehmen waren, in Angst und Schrecken versetzt. Beim unterirdischen Getöse bebten Häuser und Fußböden. Endlich wurde das Dunkel der bangemachenden Geräusche gelöst. Bergleute brechen im Erdinnern einen Luftschacht durch das Felsgestein und verursachen durch Schießen die Erderschütterungen. Um nun das Zentrum des Dorfes nicht mit einem Luftschacht in zweifelhafter Weise zu verzieren, wird derselbe nunmehr wagerecht unter dem Dorfe weitergetrieben, um dann außerhalb des Ortes an einer abgelegenen Stelle aus Tageslicht zu treten.

re. **Baak**, 27. Febr. Unfall. Der Landwirt und Fuhrmann Haarmann gen. Ackerhahn kam mit seinem Fuhrwerk von Hattingen zurück und befand sich gerade auf der Eisenbahnbrücke in Winz, als das Pferd vor einer Lokomotive scheute und durchgehen wollte. H. warf sich dem Tiere entgegen, stürzte aber und wurde bis zur Wirtzschen Wirtschaft mitgeschleift, wo das Pferd durch ein großes Auto zum Stehen kam. H. wurde bei dem Unfall an einer Körperseite stark verletzt, so daß er in ärztliche Behandlung genommen werden mußte.

TBO. **Wanne**, 27. Febr. Keine Zechenankäufe. Die von der Gelsenkirchener Zeitung gebrachte Meldung über den geplanten Ankauf der Wilhelmschächte in Wanne und Röhlinghausen durch Stinnes entspricht, wie von zuständiger Seite erklärt wird, nicht den Tatsachen. Auch ein Besuch der Werke durch Stinnes hat nicht stattgefunden.

Aus den Provinzen.

s. **Bielefeld**, 27. Febr. 70 Angeklagte vor der Strafkammer. Wegen umfangreicher Eisenbahngüterdiebstähle auf der Strecke Dortmund—Hannover, die im August vor. Jrs. aufgedeckt wurden, haben sich am 10. März 70 Angeklagte vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten.

TBO. **Marienheide**, 27. Febr. Raubmord. Zwischen Marienheide und Kotthausen wurde ein junger Mann, der tagsüber Geld einkassiert hatte, abends von zwei Räubern überfallen, die die Herausgabe seiner Barschaft forderten. Als der Ueberfallene sich zur Wehr setzen wollte, wurde er durch einen Schuß in die Brust niedergestreckt. Die Täter raubten 68 000 Mark. Die Verfolgung wurde zwar sofort aufgenommen, doch ist es bisher nicht gelungen, die Verbrecher zu verhaften. Wie aus Wipperfürth gemeldet wird, ist der Ermordete der Landwirt Blumberg aus Winkeln.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Die Zwangsanleihe.

w. **Berlin**, 27. Febr. Die Beratungen über die Schaffung und Ausgabe einer Zwangsanleihe, die im Reichsfinanzministerium in den letzten Wochen stattgefunden haben, sind jetzt soweit vorgeschritten, daß Sachverständige aus Bankkreisen, Industrie, Landwirtschaft, Handel und Arbeiterschaft gehört werden können. Zum Teil ist das schon geschehen. Binnen kurzem werden die Vernehmungen der Sachverständigen fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden. Ueber den bisher vorliegenden Plan muß aus naheliegenden Gründen Stillschweigen bewahrt werden, doch steht soviel fest, daß die Zwangsanleihe ein Opfer des Besitzes sein soll.

15 Beamtenverbände gegen den Streik.

bb. **Berlin**, 27. Febr. Laut einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers lehnte eine Vertreterversammlung von 15 Verbänden der Berufsbeamten einmütig den Streik für das Berufsbeamtentum ab und forderte anstelle des Beamtenrätegesetzes die Schaffung einer Beamtenkammer mit öffentlich-rechtlichem Charakter. Weiter wurde eine Arbeitsgemeinschaft der vertretenen Verbände gebildet. Um die streikgegnerischen Eisenbahnbeamten zusammenfassen zu können, soll die sofortige Gründung einer wirtschaftsfriedlichen Eisenbahnbeamtenorganisation in Angriff genommen werden.

Ein Abkommen über die Sachlieferungen.

w. **Berlin**, 27. Febr. Die Verhandlungen, die in den letzten Wochen zwischen den Vertretern der deutschen Regierung und Vertretern der Reparationskommission über Durchführung der Sachlieferungen geführt worden sind, führten heute zu einem vorläufigen Abschluß. Es ist ein Abkommen paraphiert worden, das der deutschen Regierung und der Reparationskommission zur Genehmigung vorgelegt wird.

TU. **Berlin** 27. Febr. Die Vertreter der Entente haben sich zur Entgegennahme weiterer Instruktionen nach Paris begeben. Die Vereinbarungen werden erst nach Prüfung durch das Reichskabinett veröffentlicht werden. Da der Reichskanzler noch in Freiburg weilt, dürfte die Veröffentlichung nicht vor Mittwoch erfolgen.

Der Landwirtschaftsminister für Aufhebung der Zwangswirtschaft beim Brotgetreide.

D. **Berlin**, 28. Febr. Der Hauptausschuß des preußischen Landtages trat am Montag in die Beratung des landwirtschaftlichen Etats. Nachdem Redner der verschiedenen Parteien gesprochen hatten, wobei es an Ausfällen gegen die angebliche Wuchertätigkeit von Landwirten nicht fehlte, und nachdem auch die Siedlungsfrage erörtert worden war, sprach Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff. Er trat nachdrücklich für die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung ein. Ein gewisser Aufstieg sei schon zu erkennen, das beweise die letzte Viehzählung. Das Landwirtschaftsministerium werde vor allem für die Versorgung der Landwirtschaft mit den notwendigen Düngemitteln eintreten. Durch den Eisenbahnerstreik sei eine erhebliche Gefahr für die Düngerbelieferung entstanden. Der Minister begrüßte das Hilfswerk der Landwirtschaft. Ueber die Aufhebung der Zwangswirtschaft könne er keine amtlichen Erklärungen abgeben, er sei aber zu der Erklärung bereit, daß nach seiner Meinung auch der letzte Rest der Zwangswirtschaft beim Brotgetreide fallen müsse: nur so sei die Vermehrung der Anbaufläche und Erhöhung der Erzeugung möglich. Er befürworte die Aufhebung der Zwangswirtschaft aufs wärmste. Die landwirtschaftliche Siedlung sei von allergrößter sozialer Bedeutung. Die kommende große Arbeitslosigkeit werde zu einer Umschichtung der Bevölkerung führen und die Arbeitslosen auf das Land bringen.

Die Goethewoche in Frankfurt.

w. **Frankfurt** (Main), 27. Febr. Die Frankfurter Goethewoche wurde heute vormittag mit einem Festakt im Festsaale des Völkermuseums in Gegenwart des Reichspräsidenten Ebert, der Minister Dr. Köster, Dr. Bölitz und von anderen Gästen feierlich eröffnet. Der Vorsitzende der Gesellschaft und Freund des Frankfurter Goethemuseums, Justizrat Burghold, begrüßte die Erschienenen mit einer Ansprache, in der er erklärte, daß inmitten tiefer Not, allen voran der Reichspräsident, bezeuge, daß stärker als Deutschlands Not Deutschlands Kraft und stärker als seine leibliche Not, sein unbeugsamer Wille sei, allen Gewalten zum Trotz sich zu erhalten. Wie wir nicht das Haus, in dem Goethe geboren wurde, verfallen lassen werden, so auch nicht das Haus, das er und unsere Besten aufgerichtet haben. Hierauf ergriff der Kultusminister Dr. Bölitz das Wort. Ausgehend von dem Gedanken, daß das Goethe-Haus ein Nationalheiligtum werden möge, sagte er: Wir sind ärmer geworden an solchen Heiligtümern und Symbolen und manches Denkmal geschichtlicher Vergangenheit spricht nicht mehr zu uns. Hier aber sagt das ganze Volk: Er ist unser! Der Minister würdigte dann Goethe als Erzieher. Die geistige Einheit in Goethe werde unserem Leben den Sinn geben, den Goethe das Letzte nannte, wonach die Menschheit gelangen könnte. Die Ehrfurcht vor sich selbst, vor dem, was über uns, was uns gleicht und was unter uns sei, das sei ein Erziehungsproblem von wunderbarer Tiefe und schlichter Kraft, eine Verkehrung zur tiefsten Innerlichkeit, zum höchsten Glück der Erdenkinder und zugleich zur Sozialpädagogik im höchsten Sinne. Dies letzte aber könnten wir finden, wenn wir an uns selbst arbeiten. In der Allgemeinheit für die Allgemeinheit. Das Letzte und das Größte sei aber die Hoffnung. Hoffen in hoffnungsarmer und hoffnungsloser Zeit, hoffen, daß auch unserem Volke noch einmal das Große zuteil werde, das Faust seelisches Erlebnis sei, auf freiem Grund ein freies Volk. Das sei der tiefste Sinn der Goethewoche, daß sich alle zusammenschließen zu der großen Goethegemeinde, daß die Alten die milde geworden seien, mit neuer Kraft erfüllt werden, damit sie der Jugend ein Blinkfeuer errichten, das ihren Wegen das Ziel weist. Handeln wir nach den Worten Goethes: So sende nach außen, so sende nach innen jeder die Kräfte, dann sei es ein Fest, deutsch mit Deutschen zu sein. Der Präsident der Weimarer Goethegesellschaft Bürklin sprach das Gelöbnis aus, daß die Goethestadt Weimar immer mit der Goethestadt Frankfurt zusammengehen werde, um die geweihten Stätten den Enkeln zu erhalten.

Kommunistische Generalstreikpläne.

D. **München**, 28. Febr. Die hiesigen Metallarbeiterausstände sind nachweislich, wie die Deutsche Zeitung berichtet, Vorläufer eines geplanten großen kommunistischen Generalstreiks. Ein solcher ist am 13. und 14. Februar in Berlin von 52 Vertretern der kommunistischen Arbeiterpartei beschlossen worden. Radek hat verlangt, der Generalstreik müsse plötzlich ausbrechen und Panik hervorrufen, in wenigen Stunden müsse er durchgeführt sein. Die Verwirrung solle durch schwere Sabotageakte gesteigert werden; die Technische Nothilfe sei mit allen Mitteln lahmzulegen. Als Tag ist für den Beginn einstweilen der 9. März festgesetzt worden.

*

bb. **München**, 27. Febr. Nach einer Meldung hat sich der Metallarbeiterstreik weiterhin auf die Firmen Neumayer (vormals Krupp), die Süddeutschen Waggonfabriken und die Süddeutschen Motorenwerke ausgedehnt. Es streiken jetzt über 8000 Arbeiter.

Frankreichs Forderung der Auslieferung von „Kriegsverbrechern".

w. **Paris**, 27. Febr. Der dem nationalen Bunde angehörende Abgeordnete Bonnet, der mehrfach den Ministerpräsidenten Briand in der Kriegsbeschuldigtenfrage interpelliert hat, schreibt im „Radical": Seitdem der vom Obersten Rat eingesetzte Ausschuß zur Begutachtung der Leipziger Urteile seine bekanntgegebene Resolution verfaßt habe, habe Poincare gehandelt. Er habe den Verbündeten seine Absichten bekanntgegeben. Jetzt sei er damit beschäftigt, die Akten der von französischen Militärgerichten abzuurteilenden Angeklagten zu vervollständigen. Diese Vorbereitungen seien peinlich genau und würden eine gewisse Zeit erfordern. **Deutschland werde aufgefordert werden, die Beschuldigten auszuliefern. Wenn es nicht Folge leiste, würden die in Versailler Vertrag vorgesehenen Sanktionen (gemeint ist die Verlängerung der Besetzung der Rheinlande) angewandt werden.**

D. **London**, 28. Febr. Der Oberstaatsanwalt erklärte auf Anfrage, daß ein vom Obersten Rat eingesetzter Juristenausschuß zur Untersuchung des deutschen Berichts über die Leipziger Verhandlungen jetzt berichtet habe, daß einige Gefangene freigesprochen worden seien, die man hätte verurteilen müssen. Der deutschen Regierung seien Vorstellungen gemacht worden, und sie habe die Wiederverhaftung der Betreffenden angeordnet. Ueber diese Wiederverhaftungen liegt jedoch bisher keine Nachricht vor.

Das englisch-französische Abkommen.

D. **Paris**, 28. Febr. Daily Chronicle bestätigt, daß der französische Ministerpräsident sich in London über die englisch-französische Allianz besprechen werde. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die Alliance auf 20 Jahre geschlossen werde und keine im Einzelnen festgelegte militärische Konventionen enthalten werde.

bb. **Berlin**, 27. Febr. Wie die Blätter melden, hat die Voruntersuchung gegen den Rittergutsbesitzer von Kaehne das vorläufige Ergebnis gehabt, daß ein hinreichender Tatverdacht gegen ihn nicht vorliegt. Bei der Niederschießung des Arbeiters Nietert liege also nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis ein Akt der Notwehr vor. Auf Grund dieses Ergebnisses hat auch der Untersuchungsrichter die Vollstreckung eines Haftbefehls gegen Hauptmann von Kaehne abgelehnt.

D. **Berlin**, 28. Febr. Die Nachricht von einer Reise Dr. Rathenaus nach Rom wird amtlich dementiert.

Amtlicher Wetterbericht.

Unter gleichzeitigem Fallen des Luftdruckes im Nordwesten ist das Barometer im Südwestert wieder gestiegen. Dadurch ist der Witterungscharakter wieder ein veränderlicher geworden. Weitere Randtiefen ziehen heran.

Aussichten für Dienstag:

Veränderliche Bewölkung, einzelne Regenfälle, lebhafte Südwestwinde.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner, für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Th. Fossen; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck für Inserate und Reklamen Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Gesellschaft „Gürzenich"

feiert am Dienstag, den 28. Februar im großen Saale der Bürgergesellschaft ihre diesjährige

karnevalistische Feier mit anschließendem **Tanz**

Die Herren Mitglieder mit einer Dame frei. ★ ★ ★ ★ ★ Einführungen gestattet. ★ ★ ★ ★ ★ Kein Weinzwang. ★ ★ ★ ★ ★ Anfang 7 Uhr. ★ ★ ★ ★ ★ Es ladet ein Der Vorstand.

Tonhalle!

Dienstag | Mittwoch | Donnerst.

Das Sitten-Drama

Frauen die am Wege sterben

6 fabelhafte Akte aus dem Leben 6 nach dem gleichnamigen Roman von Thomas Kobör.

★ ★ ★

9565

Die entzückende, bildhübsche Filmschauspielerin

Lotte Neumann



in ihrer neuesten Filmschöpfung

Papa kann's nicht lassen

Lustspiel in 5 Akten.

Vereinigte Stadttheater Bochum-Duisburg. 4515

Montag, 27. Febr., 7—10 Geschl. Vorstellung f. d. freien Gewerkschaften

„Die lustigen Weiber von Windsor"

Dienstag, 28. Febr., 8 bis 10½ A. 16

„Der Vulkan"

Neues 4511

Operetten-Theater

Bochum

Rottstr. 29 Tel. 534

Nur noch wenige Tage!

Abends 8 Uhr vor ausverkauftem Hause!

Der fidele Bauer

Operette in 3 Akten von Victor Léon

In Vorbereitung:

Die lustige Witwe

Operette in 3 Akten von Franz Lehar.

Für Bergleute!

und Handwerker beginnt am 3. März d. neue Vorbereitung zu allen Schulen Heil, Bochum, Rosenstr. 9.

CIGARREN Bergmann Boccaccio Fernruf 549 Obere Marktstr. 38a **CIGARETTEN**

Grosse Posten

Schultornister und -Taschen

für Mädchen u. Knaben eingetroffen.

Nur best. Sattlerarbeit

Spezialität:

Rindleder-Tornister und -Schultaschen.

Noch billigste Preise.

Mummelheysche Zentralbuchhandlung

Bochum

Obere Marktstraße 31.

Telefon 3968.

Rechenmaschinen-Reparaturen

Büromaschinen

Verkauf :-: Ankauf

Hugo Möller,

Bochum, Kronenstr. 31, 9387 Fernruf 1620.

Schlafzimmer

Eiche

mit einem Spiegelschrank roten Drellmatratzen und weißem Marmor.

billig abzugeben.

Küche

nat. lack., schwer gearbeit., breite Schränke, Büfett, 3türig,

für Mk. 6500.-

zu verkaufen.

Fillo & Finger

Bochum, Alleestraße 12.

Wilh. Hoffmann 9571

vorm. Witwe L. Kautz

Bochum, Hattingerstr. 29.

Damen-, Herren- u. Kinderwäsche Strumpf- und Wollwaren.

Die beliebte Marke

4 blättriges Kleeblatt

in große, kleine 6 resp. 8 teilige halbmond.

Camembert halb- u. vollfett

Brie, Gervais u. Harzerkäse 9551

liefert gegen Vorkasse oder Nachnahme

H. Herkendell, Crefeld, Friedrichplatz 8

Molkereiprodukte Grosshandelserlaubnis.

---

ff. westfälischer

Pumpernickel

Friedensqualität Markenfrei



ganz und geschnitten

Feinbäckerei

Carl Hackert

Inh.: Hugo Hackert Fernsprecher Nr. 509.

Bochum, Hellwegstr. 4

C. O. Loer, Kammerjäger 9111

gerichtl. Sachverständ. u. Gutachter

Friedrichstr. 2 Bochum, Telef. 290

Stadtverordnetensitzung

Freitag, den 3. März 1922, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Wahl eines stellvertretenden Fürsorgebezirksvorstehers für den Bezirk XIX b anstelle des zum Fürsorgebezirksvorsteher gewählten Malermeisters Ferdinand Koch.
2. Wahl eines Schiedsmanns für den Bezirk XIV b und Schiedsmannsstellvertreters für den Bezirk XIV a.
3. Abnahme und Entlastung der Jahresrechnung der Stiftungskasse für das Rechnungsjahr 1919.
4. Abrechnung der Baukasse der Volksschule an der Drusenbergstraße (1914/18).
5. Beschlußfassung über den zurückgestellten Teil der Besoldungsvorlage.
6. Erweiterung der Wasserwerksanlagen.
7. Erhöhung der Bäderpreise.
8. Regelung der Gemeindegrundsteuer für die Rechnungsjahre 1921 und 1922.
9. Festsetzung der Straßen auf dem Gelände der Heimstättengesellschaft zwischen der Wasser-, Wiemelhauser- und der Steinstraße, der Wiemelhauser Straße von der Wasserstraße bis Haus Nr. 286, der Steinstraße zwischen der Wasserstraße und der Eisenbahn Laer—Dahlhausen und der Wasserstraße von der Wiemelhauser Straße bis zur Steinstraße.
10. Fluchtlinienfestsetzung der Straßen auf dem Gelände der Bergmannssiedlung an der Bruchstraße.
11. Festsetzung der Baufluchtlinien einer Passage zwischen Hoch- und Viktoriastraße.
12. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze gemäß Erlaß des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 11. 2. 1922.
13. Erhöhung der Marktstandgebühren.
14. Erhöhung der Hundesteuer.
15. Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren vom 1. 4. 1922 ab.
16. Erhöhung der Kanalgebühren vom 1. 4. 1922 ab.
17. Erhöhung der Müllabfuhrgebühren vom 1. 4. 1922 ab.
18. Erhöhung der städtischen Grund- und Gebäudesteuer sowie verschiedener Gebührenordnungen vom 1. 4. 1922 ab und Einwirkung derselben auf die Mietzinssteigerung.
19. Bauprogramm zur Behebung der Wohnungsnot für das Jahr 1921.
20. Bereitstellung von Mitteln zur weiteren Förderung des Wohnungsbaues; Bauprogramm 1922.
21. Festsetzung des Bebauungsplanes des Geländes zwischen der Wasserstraße, Königs-Allee, Waldstraße und Eisenbahn.

Bochum, den 25. Februar 1922. 9568

Der Stadtverordneten-Vorsteher: Dielamp.

Stadt Bochum

Nachtrag II

zum Ortsstatut betr. das Kaufmannsgericht für die Stadt Bochum.

Artikel I.

§ 1 erhält folgende Fassung:

Das Kaufmannsgericht hat seinen Sitz in Bochum und umfaßt den Stadtbezirk Bochum und den Gemeindebezirk Weitmar.

Es entscheidet in einer Kammer.

Die Kosten der Unterhaltung des Kaufmannsgerichts werden, soweit sie in dessen Einnahmen ihre Deckung nicht finden, von der Stadt Bochum und der Gemeinde Weitmar anteilig, und zwar entsprechend der jeweiligen Einwohnerzahl, getragen.

Artikel II.

§ 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Das Kaufmannsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, 1 bis 2 Stellvertretern und 30 Beisitzern.

Das Amt des Vorsitzenden und der Stellvertreter wird bekleidet von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu Bochum und dessen Stellvertretern, soweit bei diesen die Voraussetzungen des § 11 des Kaufmannsgerichtsgesetzes vorliegen.

Die Zahl der Stellvertreter und der Beisitzer kann durch übereinstimmenden Gemeindebeschluß der Gemeinden Bochum und Weitmar geändert werden.

Artikel III.

§ 3 erhält folgende Fassung:

Der Vorsitzende und seine Stellvertreter werden vom Magistrat der Stadt Bochum auf 3 Jahre gewählt.

Artikel IV.

§ 9 erhält folgende Fassung:

Die Beisitzer erhalten für jede Sitzung, der sie beigewohnt haben, eine Entschädigung, und zwar 10,— Mark für den halben und 15,— Mark für den ganzen Sitzungstag. Als Grenze des halben Sitzungstages wird die Zeit von 12 Uhr mittags festgesetzt. Die Entschädigungen werden in der Regel vierteljährlich, auf Wunsch auch sofort ausgezahlt.

Artikel V.

§ 10 erhält folgende Fassung:

Die Wahl der Beisitzer ist unmittelbar und geheim. Sie erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf 3 Jahre. Der gesamte Bezirk des Kaufmannsgerichts bildet einen Wahlbezirk. Zur Ausübung des Wahlrechtes können nach Maßgabe des Bedürfnisses in hinreichender Zahl örtliche Wahlstellen eingerichtet werden. Das Wahlrecht darf nur an einer Stelle ausgeübt werden, und zwar an derjenigen, in deren Bezirk der Wähler zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten seine Handelsniederlassung hat oder beschäftigt ist.

Artikel VI.

Vorstehender Nachtrag II zum Ortsstatut, betreffend das Kaufmannsgericht für die Stadt Bochum vom 10. Februar 1905, ist vom Magistrat am 1. September 1921, von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bochum am 25. November 1921, sowie von der Gemeindevertretung des Amtes Weitmar am 24. September 1921 beschlossen worden.

Der Magistrat der Stadt Bochum: Graff. Falk.

Der Amtmann des Amtes Weitmar: Roeding. J. V.: Oberländer.

Genehmigt.

Arnsberg, den 6. Februar 1922.

Namens des Bezirksausschusses, Abt. II: Der Vorsitzende.

Vorstehenden Nachtrag II bringen wir zur öffentlichen Kenntnis.

Bochum, den 23. Februar 1922. 9555

Der Magistrat der Stadt Bochum. **Der Amtmann des Amtes Weitmar.**

Günstige Kaufgelegenheit in der städt. Bekleidungsstelle.

Da die städt. Bekleidungsstelle ABC-Straße demnächst aufgelöst werden soll, wird die Einwohnerschaft auf folgende noch vorhandenen preiswerten Waren aufmerksam gemacht:

Für Herren:

Anzüge, Ulster, Joppen, Hosen, Handschuhe, Hemden, Socken, getr. Militärhosen als Arbeitshosen, getr. Militärschnürschuhe als Arbeitsschuhe.

Für Knaben und Burschen:

Anzüge, Ulster, Unterhosen, Leibchenunterhosen, Socken, Strümpfe, Hosenträger, Segeltuch- und Turnschuhe, Anzüge für Konfirmanden und Kommunikanten.

Für Damen:

Mäntel für den tägl. Gebrauch, Blusen aus bedrucktem Leinen, Unterröcke, Beinkleider, Korsettschoner, Wolltücher, Hausschürzen, Strümpfe.

Für Mädchen:

Jacken, Mäntel, Kleidchen, Unterröcke, Hemden, Hosen, Schürzen, Strümpfe, Segeltuch- und Turnschuhe.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

9569 **Städt. Wohlfahrtsamt.**

Gebührensätze für die Herstellung der Gräber, für Umbettungen und für die Aufstellung von Grabmalen, Gedenksteinen und Bänken.

Für die Herstellung der Gräber und für Umbettungen auf den Friedhöfen der Stadt Bochum und auf dem Friedhofe Hofstede-Riemke, sowie für die Aufstellung von Grabmalen, Gedenkzeichen und Bänken auf den Friedhöfen der Stadt Bochum werden vom 1. März d. J. ab folgende Gebühren erhoben:

1. Herstellung der Gräber:
   a) für Erbgruften in doppelter Tiefe 300,— M.
   b) für Erbgruften und Wahlgräber in einfacher Tiefe 250,— M.
   c) für Reihengräber für Erwachsene 200,— M.
   d) für Reihengräber für Halberwachsene 130,— M.
   e) für Reihengräber für Kinder 100,— M.
   f) für Beisetzung von Aschenresten in Erbgruften und Wahlgräbern 250,— M.
2. Umbettungen.
   a) für eine Umbettung von einem Friedhof zum andern 800,— M.
   b) für eine Umbettung aus einem Grabe ins andere 500,— M.
   c) für Kinder und Halberwachsene betragen die Gebühren für die Umbettung ¾ vorstehender Sätze.
3. Aufstellung von Grabmalen, Gedenkzeichen und Bänken.
   a) für jedes steinerne Grabmal für Reihengräber Erwachsener bis zu einer Höhe von
      0,50 m = 25,— M.
      1,00 m = 40,— M.
      1,30 m = 60,— M.
   b) für Halberwachsene und Kinder für jedes Grabmal bis zu einer Höhe von
      0,50 m = 15,— M.
      1,00 m = 30,— M.
      1,30 m = 45,— M.
   c) für Grabmale in Erbgruften und Wahlgräbern für jedes Grabmal 10 Proz. des Wertes.
   d) für jedes hölzerne und eiserne Grabmal 20,— M.
   e) für die Aufstellung einer Bank 50,— M.

Bochum, den 27. Februar 1922. 9567

Der Magistrat.

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Koch zu Bochum soll die Schlußverteilung erfolgen. Dazu sind 5659,21 Mk. verfügbar. Zu berücksichtigen sind 68532,06 Mk. nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei hiesigen Amtsgerichts zur Einsicht auf.

9573 **Der Konkursverwalter:** Dr. Rosenbaum, Rechtsanwalt



SOENNECKEN EILFEDERN

Neu! Neu!

Die große Mode

Anfertigung sämtl. Stickereien, Hohlsaum, Stoffknöpfe und Plissee aller Art.

Kunststopferei Kortumstraße 6

Geschwister Wingens. 8117

HOFFBAUER-STIFTUNG

POTSDAM-HERMANNSWERDER

JUGENDHEIM (vom 2. Jahre an) mit LYZEUM für Mädchen u. jüng. Knaben. FRAUENSCHULE mit staatl. Berechtig. HAUSHALTUNGSSCHULE ★ ERHOLUNGSHEIM ★

Idyllische Lage am Wald u. Wasser.

Familien-Drucksachen liefert in sauberster Ausführung **Buchdruckerei Wilh. Stumpf** Bochum, Buddenbergstraße 11

Kaffee Corso

Heute, ab 4½ Uhr: 9574

Abschieds-Konzert

der beliebten

Kapelle Peter Kröll.

Die neuen Formen für **Umpreßhüte** finden Sie im Etagen-Putz-Geschäft **H. Posner, Bochum** Kortumstraße 10, 1. Etage (Im Intimen Theater) 9562

Umnähen und Umarbeiten schnellstens und preiswert

Sekt-, Wein-, Literflaschen

zu höchsten Preisen

kauft an und holt ab

Ludwig Bongardt, Wiemelhauserstraße 41, Fernruf 2964. 9405

Nr. 50. Zweites Blatt.

Bochumer

(Nachdruck unserer Orig. im Auszuge nur mit Genehmigung)

Der Haushalt der Reichspost für

s. Der seit vielen Jahren im Etat der Postverwaltung vorgesehene Reichszuschuß ist in diesem Jahre verschwunden. Die Anzahl Stellen in St. I umgewandelt. Die Beträge in den äußersten Grenzstützungen sind ausgegeben amten 17 745 200 Mark 10 776 250 und für die Anschaffung und Unterhaltung im Telegraphenbetrieb sind 193 75 und zur Unterhaltung 385 200 000 Mark hierzu 413 Millionen. Die Ausgaben für Schreibgebühren usw. 551 700 000 Mark gegenüber Kleiderkasse für Beamte ringert sich um 31 Mark. Die Unterhaltung fordert 76 Millionen lichen Haushalt ist von Wohngebäuden für Orten, wo große der Betrag von 53 60 diesem Betrage sollen gen errichtet werden Baugeldern für Wohnungen der Post- und Telegraphenmen, beteiligt sich mit lionen Mark.

Abwanderung zu

s. Als eine Folge hungen ist die Abwanderung klassen zu beobachten. zung der 4. Wagenklasse den Zügen beobachtet. Mindestens die Hälfte früher dritter, heute die vierte Klasse dern auch ein Teil fuhr, ist nach den Ein Zeichen, daß leiter herabgesunken Beobachtung macht, nicht zu wundern, daß in die erste Wagenklasse selten benutzt wurde merkt man jetzt Leute Fenster stellen, um aber anmerkt, daß klasse gestanden haben teresse des Staatsfiskus preise für die erste setzt würden.

Massenversa

rz. Wegen gewerrer Urkundenfälschung chum am 24. Mai Wilhelm Krümm Zuchthaus, wegen Hiller zu 9 Mbeiter Ernst Möl Beihilfe zum Diebfängnis und der zu 9 Monaten G der Firma Arthur großes Eisenlager war. Hiller, Möl gestellt waren, beräten etwas für Frachtbriefe und Von diesen Waggelmelbern im Jan wier im Sommer einen Gesellen Krümmelbern fel des Gesellen, ohr Das Gericht hatstahl angenomme der Kontrolle der Die Angeklagten gungsmacht übe Eisenbahnverwalgons abgeschoben nur der Angeeingeleat. Das Urteil gegen Klenberg, der ke und verwies die Das Landgerich stahl vorliege, handelt sich hie ren, die durch mittels der gefden ist. Das k werden. Dann lerer begangen. Betrug beteili der sich dann und nicht des ner ist die G nicht ausreiche Eisen in setnicht mit Sich leret zu schlie das Urteil de

Justizpe Mörchen w Ersten Amtsrichts-Assessor Essen ernan

Auszeic des Weltkrie wurde Herrn straße 8, von gestnnter So

a. Vermbahn. Der v gelegte Haus steht 50 000 Jahre 1921, aber schon von entfall Elberfeld

Nr. 50. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Dienstag 28. Februar 1922

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Orginalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Bochum, 28. Februar.

Der Haushalt der Reichspostverwaltung für 1922.

s. Der seit vielen Jahren im Reichshaushaltsplan der Postverwaltung immer wiederkehrende Reichszuschuß ist in diesem Jahre zum erstenmale verschwunden. Die Verwaltung hat eine größere Anzahl Stellen in Stellen einer niedrigeren Gruppe umgewandelt. Die Vermehrung von Stellen ist in den äußersten Grenzen gehalten. An Unterstützungen sind ausgeworfen für die unteren Beamten 17 745 200 Mark, für die mittleren Mark 10 776 250 und für die höheren 575 500 Mark. Für Anschaffung und Unterhaltung der Apparate im Telegraphen- und Fernsprechbetrieb sind 193 750 000 Mark, zum Bau und zur Unterhaltung der Linien 385 200 000 Mark, und für Arbeiten hierzu 413 Millionen Mark vorgesehen. Die Ausgaben für Geschäftsbedürfnisse, Schreibgebühren usw. sind um 235 Millionen auf 551 700 000 Mark gestiegen. Der Zuschuß zur Kleiderkasse für Beamte des unteren Dienstes verringert sich um 31 Millionen Mark auf 36 330 000 Mark. Die Unterhaltung der Dienstgebäude erfordert 76 Millionen Mark. Im außerordentlichen Haushalt ist für Errichtung und Ankauf von Wohngebäuden für geringer besoldete Beamte in Orten, wo großer Wohnungsmangel herrscht, der Betrag von 56 600 000 Mark ausgeworfen. Von diesem Betrage sollen etwa 709 Familienwohnungen errichtet werden. An der Aufbringung von Baugeldern für Wohnungsbauten, die Angehörigen der Post- und Telegraphenverwaltung zugute kommen, beteiligt sich die Verwaltung mit 35 Millionen Mark.

Abwanderung zur 4. und 1. Wagenklasse.

s. Als eine Folge der starken Fahrpreiserhöhungen ist die Abwanderung in billigere Wagenklassen zu beobachten. Aber eine so starke Benutzung der 4. Wagenklassen, wie man sie heute in den Zügen beobachtet, hat man nicht erwartet. Mindestens die Hälfte der Fahrgäste, die früher dritter Klasse fuhren, benutzen heute die vierte Klasse; aber nicht nur diese, sondern auch ein Teil, der früher 2. Klasse fuhr, ist nach der vierten Klasse abgewandert. Ein Zeichen, daß viele auf der sozialen Stufenleiter herabgesunken sind. Aber noch eine andere Beobachtung macht man, über die man sich auch nicht zu wundern braucht, das ist die Abwanderung in die erste Wagenklasse, die vor dem Kriege äußerst selten benutzt wurde. In dieser Wagenklasse bemerkt man jetzt Leute, die sich mit Vorliebe ans Fenster stellen, um gesehen zu werden, denen man aber anmerkt, daß sie früher in der 4. Wagenklasse gestanden haben. Es würde vielleicht im Interesse des Staatssäckels liegen, wenn die Fahrpreise für die erste Wagenklasse noch höher gesetzt würden.

Massenverschiebung von staatlichem Eigentum.

rz. Wegen gewerbsmäßiger Hehlerei und schwerer Urkundenfälschung ist vom Landgericht Bochum am 24. Sept. v. J. der Schmiedemeister Wilhelm Krümmelbein zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus, wegen Diebstahls der Kaufmann Otto Hiller zu 9 Monaten Gefängnis, der Vorarbeiter Ernst Möllenberg wegen Diebstahls und Beihilfe zum Diebstahl zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und der Vorarbeiter Wetzel aus Berlin zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei der Firma Arthur H. in Vorhalle befand sich ein großes Eisenlager, welches staatliches Eigentum war. Hiller, Möllenberg und Wetzel, die hier angestellt waren, beschlossen, von diesen großen Vorräten etwas für sich zu verwerten. Sie fälschten Frachtbriefe und verschoben mehrere Waggon Eisen. Von diesen Waggons kaufte der Angeklagte Krümmelbein im Januar 1919 erst einen, dann noch vier im Sommer 1920. Die Wagen waren an einen Gesellen des Krümmelbein adressiert, und Krümmelbein selbst unterschrieb mit dem Namen des Gesellen, ohne daß dieser etwas davon wußte. Das Gericht hatte bei diesen Verschiebungen Diebstahl angenommen, da die verschobenen Waggons der Kontrolle der Eisenbahn entzogen worden sind. Die Angeklagten haben als einzige die Verfügungsmacht über die Waggons erlangt, da die Eisenbahnverwaltung nicht wußte, wohin die Waggons abgeschoben waren. Gegen das Urteil hatte nur der Angeklagte Krümmelbein Revision eingelegt. Das Reichsgericht hob daraufhin das Urteil gegen Krümmelbein und auch gegen Möllenberg, der keine Revision eingelegt hatte, auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Das Landgericht hatte angenommen, daß Diebstahl vorliege, das ist aber nicht der Fall. Es handelt sich hier nur um Verschiebung von Waren, die durch Täuschung der Eisenbahnbeamten mittels der gefälschten Frachtbriefe ermöglicht worden ist. Das kann aber nur als Betrug aufgefaßt werden. Dann hat auch Krümmelbein keine Hehlerei begangen, sondern sich nur als Mittäter am Betruge beteiligt. Dasselbe gilt von Möllenberg, der sich dann auch nur der Teilnahme am Betrug und nicht des Diebstahls schuldig gemacht hat. Ferner ist die Gewerbsmäßigkeit bei Krümmelbein nicht ausreichend festgestellt. Darin, daß er das Eisen in seinem Gewerbe verwandt hat, ist noch nicht mit Sicherheit auf Gewerbsmäßigkeit der Hehlerei zu schließen. Aus diesen Gründen bedurfte das Urteil der Aufhebung.

U **Justizpersonalien.** Der Gerichts-Assessor Dr. Mörchen wurde zum Staatsanwaltschaftsrat und Ersten Amtsanwalt in Gelsenkirchen und der Gerichts-Assessor Dr. Becker zum Staatsanwalt in Essen ernannt.

× **Auszeichnung.** Die Deutsche Ehrendenkmünze des Weltkrieges am schwarz-weiß-roten Bande wurde Herrn Otto Brückner, Bochum, Metzstraße 8, vom Ordensrat des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, verliehen.

a. **Verminderung des Personals bei der Eisenbahn.** Der von dem Reichsverkehrsministerium vorgelegte Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 sieht 50 000 Mann Personal weniger vor, als im Jahre 1921. Bis zum 31. März d. J. sollen aber schon 15 000 Köpfe eingespart werden. Hiervon entfallen auf den Eisenbahndirektionsbezirk Elberfeld 400, auf Essen 300, auf Köln 2231 und auf Münster 700. Hieraus sieht man, daß die größten und verkehrsreichsten Eisenbahndirektionsbezirke Elberfeld und Essen am geringsten an dem überflüssigen Personal beteiligt sind.

—r **Der Deutsche Offizier-Bund** bittet uns, mitzuteilen: Vom 1. April d. J. ab ist das „Deutsche Offizier-Blatt" nicht mehr Bundesorgan des Bundes. Der Bund gibt alsdann eine eigene Bundeszeitung unter dem Namen „Deutscher Offizier-Bund" heraus, die in den 5. Nachtrag zu den „Bezugsbedingungen der Zeitungspreisliste" eingetragen ist. Die Hauptschriftleitung und der Inhalt des Blattes bleiben dieselben, wie bisher, nur der Name des Blattes ändert sich.

Steuern- und Gebührenvorlagen
des Bochumer Magistrats.

Regelung der Gemeindegrundsteuer für die Rechnungsjahre 1921 und 1922.

Der Magistrat faßte am 22. d. M. einen Beschluß, in dem es heißt:

Seitens des Haus- und Grundbesitzervereins ist in wiederholten Eingaben darauf hingewiesen worden, daß durch die Erhebung der Gemeindegrundsteuer mit 15 pro Tausend im Rechnungsjahre 1921 der Hausbesitz insofern über seine Leistungsfähigkeit belastet werde, als durch die verspätete und unzureichende Erhöhung der Mietzuschläge eine Umlegung auf die Mieter nicht mehr erfolgen könne. Dies umsomehr, als auch durch die Erhöhung der Wohnungsgebühren (Straßenreinigungsgebühren, Kanalgebühren und Müllabfuhrgebühren) sowie sonstige Ausgabeerhöhungen der Hausbesitz schwer belastet werde. In mündlichen Verhandlungen, die unter Zuziehung des Mieterschutzvereins Bochum stattfanden, ist nach eingehender Aussprache seitens der bei den Verhandlungen anwesenden Magistratsmitglieder zugesagt worden, dem Magistrat zu empfehlen, für das Rechnungsjahr 1921 einen Nachlaß in Höhe von 5 Prozent pro Tausend der Grundsteuer zu befürworten. Dies erscheint insofern unbedenklich, als diese 5 pro Tausend bestimmt sind zur Verzinsung und Tilgung der für den Wohnungsbau bestimmten Anleihe von 20 Millionen Mark sowie der früheren Aufwendungen von 8 Millionen Mark. Es kann nämlich der Beginn der Tilgung dieser für den Wohnungsbau aufgewendeten Beträge um 1 Jahr rechnungsmäßig hinausgeschoben werden, wodurch sich die ursprünglich auf 20 Jahre bemessene Abtragung um ein weiteres Jahr hinauszieht. Der laufende Haushaltsplan selbst würde hierdurch nicht berührt werden.

Um nun im Rechnungsjahre 1922 nicht wieder die gleichen Schwierigkeiten herbeizuführen, sieht sich der Magistrat genötigt, bei der Stadtverordnetenversammlung die Regelung der Grundsteuer schon jetzt zu beantragen und um möglichst umgehende Beschlußfassung zu ersuchen. Wenn nämlich, was für das Rechnungsjahr 1922 unumgänglich erscheint, auch die Grundsteuer erhöht werden muß, so müßte die Beschlußfassung so rechtzeitig erfolgen, daß auf Grund dieser Beschlußfassung der Sachverständigenausschuß zur Festsetzung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen noch in Tätigkeit treten kann und außerdem die erforderliche Genehmigung der neu zu berechnenden Mietzuschläge bei dem Minister eingeholt werden kann. Dies alles muß noch vor dem 1. April erledigt werden, damit die Mieterhöhung gleichzeitig mit der Erhöhung der Abgaben in Kraft treten kann. Eine rückwirkende Festsetzung der Mietzuschläge ist bisher in der Ministerialinstanz grundsätzlich abgelehnt worden. Was die Festsetzung der Grundsteuer für 1922 betrifft, so ist es im gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings schwierig, die endgültige Höhe zu übersehen. Die Beratungen des schon seit einiger Zeit bei der Finanzverwaltung fertiggestellten Haushaltsplanes in den Ausschüssen und im Magistrat hat leider so viel Zeit in Anspruch genommen, daß derselbe nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, der Stadtverordnetenversammlung Anfang März gedruckt vorgelegt werden kann. Dazu kommt, daß der Ausgleich infolge der außergewöhnlichen Steigerung aller Ausgaben mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. **Nach den seitherigen Beratungen wird die Gesamtsumme der Ausgaben den Betrag von 300 Millionen Mark nicht unwesentlich übersteigen. Nach den bisher verfügbar gemachten Einnahmen einschließlich einer Reihe von der Stadtverordnetenversammlung noch vorzuschlagenden Gebührenerhöhungen wird mit einem Fehlbetrag von über 50 Millionen Mark bestimmt gerechnet werden müssen, der aus neuen Einnahmen gedeckt werden muß. Unter diesen Umständen werden sowohl die Gewerbesteuer als auch die Grundsteuer ganz erheblich höher herangezogen werden müssen. Die Vorschläge der Finanzverwaltung gehen dahin, die Grundsteuer, welche im Jahre 1921 mit 15 pro Tausend beschlossen wurde, wozu ein weiterer Zuschlag von 2 pro Tausend bereits durch die Stadtverordnetenversammlung genehmigt ist, für das Jahr 1922 auf insgesamt 30 pro Tausend zu erhöhen.**

Verhandlungen in den verschiedenen Vereinigungen der Finanzdezernenten haben ergeben, daß andere Städte beabsichtigen, über diesen Satz noch erheblich hinauszugehen. Durch die Erhebung dieser 13 pro Tausend Erhöhung würde für die Deckung des Fehlbetrages im Haushaltsplan 1922 ein Betrag von rund 6¼ Mill. Mark gewonnen werden. Bezüglich der Gewerbesteuer ist beabsichtigt, das Aufkommen, welches für das Jahr 1921 mit rund 34½ Millionen Mark nach Maßgabe der Wirtschaftsberichte anzunehmen ist, durch Abänderung der Gewerbesteuervorschriften um rund 20 Millionen Mark zu erhöhen. Doch können hierüber endgültige Vorschläge jetzt noch nicht gemacht werden, da schließlich die Gewerbesteuer als einzige der Stadt verbliebene namhafte Einnahmequelle unter Umständen auch noch mit höheren Beträgen herangezogen werden müßte.

Der Magistrat hält es für notwendig, trotzdem der Haushaltsplan in seiner Gesamtheit noch nicht vorgelegt werden kann, schon im gegenwärtigen Augenblick der Stadtverordnetenversammlung hiervon Mitteilung zu machen, um seinerseits sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, rechtzeitig entsprechende Anträge unterlassen zu haben. Hierbei soll es sich selbstverständlich noch nicht darum handeln, dem endgültigen Beschluß über die Umlegung der Gemeindeabgaben für 1922 vorzugreifen, es soll vielmehr der Stadtverordnetenversammlung überlassen bleiben, falls der Haushaltsplan sich schließlich nicht anderweitig ausgleichen lassen sollte, auch den jetzt zu fassenden Beschluß entsprechend den eintretenden Notwendigkeiten nachträglich abzuändern.

Der für das Rechnungsjahr 1921 geplante Nachlaß von 5 pro Tausend des gemeinen Wertes ließe sich nun, wenn er in Form der Rückerstattung oder Absetzung von der Veranlagung erfolgen könnte, nur unter erheblichem Arbeits- und Zeitaufwand, d. h. also mit bedeutenden Unkosten durchführen. Diese Schwierigkeit kann dadurch umgangen werden, daß nicht eine Rückerstattung oder Absetzung von den veranlagten Beträgen des Rechnungsjahres 1921 erfolgt, sondern daß diese Absetzung von dem für das Jahr 1922 zu veranlagenden Betrag erfolgt und gleich in den Steuerzettel für 1922 mit aufgenommen wird. Da das Rechnungsjahr 1921 bereits zu Ende geht, ohne daß die Grundsteuern, die erst vor kurzem veranlagt werden konnten, von einem erheblichen Teil der Grundbesitzer bezahlt worden sind, könnte in diesem Verfahren auch eine Benachteiligung der Grundbesitzer nicht erblickt werden, während andererseits eine Herauszahlung in den immerhin zahlreichen Fällen, in denen schon bezahlt worden ist (etwa 1000) vermieden wird. Der Magistrat hat daher beschlossen, die Rückerstattung oder, soweit die Steuer noch nicht bezahlt ist, den Nachlaß in der Weise durchzuführen, daß die Grundsteuer im Jahre 1922 zwar mit 3 Prozent veranlagt, aber nur mit 2½ Prozent eingezogen wird. Verrechnung zwischen den Jahren 1921 und 1922 erfolgt dann durch Uebertragung des Gesamtbetrages.

Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer sowie verschiedener Gebührenordnungen. Einwirkung auf die Mietzinssteigerungen.

In einer Vorlage des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung wird ausgeführt:

Die weiterschreitende Entwertung unserer Mark und die damit Hand in Hand gehende Steigerung der Löhne und Materialpreise zwingt uns, im kommenden Haushaltsplan eine Erhöhung der Kanal-, Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren vorzuschlagen. Diese drei Gebührenerhöhungen fallen dem Haus- und Grundbesitz zur Last.

Daneben mußte eine Erhöhung der Schornsteinreinigungsgebühren um 50 Prozent ab 1. 4. 1922 und des Wassergeldes von 1,41 Mk. bezw. 1,60 Mk. auf 2¼ Mk. je Kubikmeter erfolgen, die ebenfalls den Hausbesitz belasten und insgesamt mietssteigernd wirken.

Der in Arbeit befindliche Gesamthaushaltsplan für 1922, der zur Zeit noch nicht abgeschlossen vorgelegt werden kann, läßt aber klar erkennen, daß zu seiner Ausbalancierung ferner eine Erhöhung der städtischen Grund- und Gebäudesteuer auf 30 vom Tausend erforderlich wird. Mit der kürzlich beschlossenen Erhöhung von 2 vom Tausend für Verzinsung und Tilgung der Wohnungsbaugelder auf 17 vom Tausend würde demnach ein Beschluß auf weitere Erhöhung um 13 vom Tausend zu fassen sein.

Die Wirkung der genannten Steuer- und Gebührenerhöhungen würde die sein, daß ab 1. April 1922 die Mieten um 61 Prozent erhöht werden müssen, damit der Hausbesitzer die Erhöhungen auf die Mieter ablasten kann, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Hausbesitzer diese Erhöhungen — auch nur zum Teil — nicht tragen können. Hiermit sind auch die Mieten entsprechend der inneren Entwertung des Geldes und gemessen an den gestiegenen Löhnen und Gehältern nur um einen kleinen Bruchteil erhöht.

Es sei bemerkt, daß, nachdem die früher vom Magistrat beschlossenen und beantragten Mietserhöhungen auf 69 Prozent von den Mietervertretungen bestritten worden waren, eine gemeinsame Berechnung nach den Wünschen der Vermieter und Mieter und des Wohnungsamtes erfolgt ist und daß sich dabei ergeben hat, daß zur Zeit 84 Prozent Zuschlag zur Miete 1914 eine angemessene Mietserhöhung darstellte, sodaß die Gesamtmietserhöhung gegenüber 1914 sich heute auf 84+61=145 Prozent stellt.

Der Magistrat hat beschlossen, die sämtlichen hier aufgeführten Erhöhungen zu genehmigen und gleichzeitig will er die Wirkung dieser Steuer- und Gebührenerhöhungen auf die Mieten durch den Zehnerausschuß umgehend prüfen lassen, um dann die notwendige Mietserhöhung so frühzeitig noch beim Minister zu beantragen, daß die Erhöhung ab 1. April ds. Js. eintreten kann.

Wird es nicht möglich sein, vor dem 1. April die Genehmigung des Ministers zu erhalten, dann würde die Stadt mit einem Steuerausfall von mindestens einem, vielleicht auch zwei Quartalen zu rechnen haben. Dies läßt aber der kommende Haushaltsplan nicht zu.

Der Musikverein hat in letzter Zeit, worauf schon wiederholt hingewiesen werden konnte, einen erheblichen Aufschwung genommen. Nicht nur, daß eine Arbeitsgemeinschaft mit dem durch hervorragende Konzerte bekannt gewordenen Bochumer Lehrer-Gesang-Verein geschaffen wurde, in den letzten Wochen ist auch eine stattliche Zahl neuer, sangeskundiger und musikbegeisterter Mitglieder gewonnen worden, wodurch eine erhebliche Verstärkung vornehmlich der Männerstimmen erreicht wurde. Das ist als gutes Zeichen für das im Evangelischen Vereinshaus am 7. März d. J. stattfindende 5. Konzert des Musikvereins anzusehen. Nunmehr ist ein in allen Stimmen stark besetzter Chor der Leitung von Arno Schütze unterstellt, und damit die Hoffnung begründet, daß dieser bewährte Dirigent das „Klagende Lied" von Mahler in künstlerisch vornehmer Weise zur Aufführung bringen wird. Es ist zu begrüßen, daß der Musikverein, der für das Musikleben Bochums von altersher schon viel getan hat, es sich jetzt u. a. zur Aufgabe macht, auch Werke von Komponisten der neueren Richtung zur Aufführung zu bringen.

U **Deutsche Volkspartei.** Einen anregenden Abend verlebten die Mitglieder der Jugendgruppe Bochum-Stadt bei der letzten Zusammenkunft Fräulein Reese behandelte „Die Romantik in der deutschen Dicht- und Tonkunst". Von der Zeit um 1800, der Zeit der Sehnsucht, des Suchens und der Zerrissenheit ausgehend, schilderte die Rednerin die Hauptvertreter der romantischen Schule. Unter der Gruppe der romantischen Musiker wurden die Werke von E. T. W. Hoffmann, Karl Maria von Weber, Franz von Schubert, Robert Schumann und Franz Liszt behandelt. Umrahmt wurden die Ausführungen durch Gedichte und musikalische Schöpfungen der angeführten Meister, die Fräulein Grundmann vortrug. Beide Damen ernteten verdienten Beifall.

Wöchentliche Turnspiele. Sobald die Witterung günstiger zu werden beginnt, sollen städtischerseits die wöchentlichen Turnspiele wieder eingerichtet werden. Jedes Volksschulsystem bildet aus den oberen Knabenklassen Spielabteilungen von mindestens 20 Schülern, die bis zu zweimal in der Woche unter sachkundiger Führung spielen. Für diesen Zweck stehen den Schulen die städtischen Sportplätze bis nachmittags 5 Uhr zur Verfügung. Gegen die Benutzung geeigneter Schulhöfe (z. B. an der Alleestraße) ist nichts einzuwenden. In der Hauptsache soll das Schlagballspiel nach den Regeln des „Technischen Ausschusses" geübt werden. Auf keinen Fall können diese Spielnachmittage für das Fußballspiel in Betracht kommen. Jedes System übt auf dem ihm am nächsten liegenden Platze. Den Abschluß der sommerlichen Spiele soll erstmalig ein Bannerwettkampf der Volksschulen bringen.

U **Aus Hofstede.** Recht zahlreich hatten sich sowohl die Mitglieder der Jugendgruppe als auch die Mitglieder des Ortsvereins der Deutschen Volkspartei im Lokale von Hören zu einem äußerst anregenden Abend eingefunden. Das Hauptinteresse gewannen die Ausführungen des Herrn Rudi Neukirchen über Völkerbund und Völkerfrieden. Von dem Gedanken ausgehend: Jeder Friedensvertrag trägt schon die Keime zu einem neuen Kriege in sich, gestalte er den Versailler Friedensvertrag. Der Vortrag fand dankbare Aufnahme, und in der nun einsetzenden Besprechung kam der erste Vorsitzende, Herr Wienkop, auf die geschichtliche Entwicklung der Gedanken von Völkerbund und Völkerfrieden zu sprechen. Herr Schloßmann und Herr Scharpey machten es sich zur Aufgabe, den Versammelten ein Bild von den Forderungen des Versailler Friedensvertrages und den daraus entstehenden Folgen zu entwerfen. Hervorgehoben zu werden verdient die Gründung eines gemischten Chores unter der provisorischen Leitung des Herrn Küper. Um den unterhaltenden Teil machten sich Fräulein

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei

Dienstag, den 28. Februar 1922.

Jugendgruppe Bochum-Stadt, abends 8 Uhr, bei Märker, Ferdinandstraße 44, wöchentliche Zusammenkunft. Vortrag von Fräulein Lindorf über den „Islam".

Jugendgruppe Brenschede, abends 8 Uhr im „Haus Brenschede", wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Opp-Bochum.

Jugendgruppe Grumme, abends 8 Uhr in der „Kaiseraue", Hauptversammlung.

Jugendgruppe Riemke, abends 8 Uhr, im „Stillertal", wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr W. Korst-Herne.

Orts- und Jugendgruppe Querenburg, abends 8 Uhr, bei Schneider, (früher Schäper), Versammlung. Redner: Herr E. Willich über „Die innen- und außenpolitische Lage".

Mittwoch, den 1. März 1922.

Jugendgruppe Hofstede, abends 8 Uhr bei von Hören, Hernerstr. 230, wöchentliche Zusammenkunft Redner: Herr Lehrer Karrelmeier über „Die historischen und politischen Grundlagen des Weltkrieges."

Jugendgruppe Weitmar, abends 8 Uhr bei Claas, früher Spengler, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Altenbochum, abends 8 Uhr, bei Hustadt, Steinkuhlstraße, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr E. Willich über „Die Gefahren des Pazifismus".

Jugendgruppe Eppendorf, abends 8 Uhr, bei Niggeling, wöchentliche Zusammenkunft.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 1.50 M. bei Vorauszahlung

Verein der Schleswig-Holsteiner, Hamburger und Lübecker. Jeden 1. Donnerstag im Monat Versammlung. Nächste Zusammenkunft am 2. März, abends 8 Uhr, Bochumer Hof, kl. Saal, Alleestr. Lichtbildervortrag: Der Bergbau und seine Gefahren. Landsleute mit ihren Angehörigen herzl. willkommen. Der Vorstand.

Verein ehem. Jäger und Schützen Bochum. Mittwoch, 1. März, 8½ Uhr abends, Generalversammlung.

Zentralverband christlicher Bauarbeiter, Verwaltungsstelle Bochum. Mittwoch, den 1. März, abends 7 Uhr, Generalversammlung beim Wirt Bredenbröker, am Westfalenplatz. Der Vorstand.

Gewerkschaftsschule christlich-nationaler Arbeitnehmer. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, im Seminar an der Trankgasse, Unterrichtsabend. Vortrag des Herrn Dr. Nebeling.

Christl. Tagesarbeiter. Mittwoch, den 1. März, nachm. 5½ Uhr, bei Schatz, Obere Marktstraße, Versammlung aller christlich organisierten Kollegen, die auf den Schachtanlagen von Bochum und Umgegend arbeiten. Vortrag: Siedlungs- und Lohnfrage.

Christl. Metallarbeiter-Verband, Sektion Wöhr. Dienstag, den 28. Febr., abends 7 Uhr, bei Wiesmann, Castroperstr. 191, Mitgliederversammlung. Kein Mitglied darf fehlen.

Eichler, Fräulein Möller und die Herren Neukirchen und Schäfer verdient.

* **Die Gesellschaft „Gürzenich"** veranstaltet am Dienstag, den 28. Febr. in der Bürgergesellschaft ihre diesjährige karnevalistische Feier. Näheres siehe Anzeige.

Polizeibericht. Durch Einbruch wurden gestohlen: aus einer Damenschneiderei in der Meinolphusstraße zwei Stücke Mantelstoff im Werte von 1000 Mark; einem Althändler in der Brückstraße Anzüge, Mäntel, Hosen und Schuhe; aus einem Geschäft in der Dorstenerstr. Lebensmittel für 22 000 Mark. — Ferner sind gestohlen worden: einer Verkäuferin in der Bahnhofstraße eine Handtasche und Geld im Werte von 500 Mark; einem Arbeiter aus einem Kosthause in der Baarestraße ein Schlüpfer im Werte von 1200 Mark; aus einem verschlossenen Keller der Castroperstraße 1½ Ctr. Kartoffeln; einer Person der Mittelstraße 1200 Mark Bargeld und 4000 russische Rubel; aus einem Keller der Hattingerstraße zwei Ctr. Kartoffeln; einem Chauffeur vor einer Wirtschaft in der Ottostraße ein neuer Autoreifen mit Gleitdecke.

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

Es seien noch folgende

Ergebnisse vom 26. Februar

verzeichnet:

A 1-Klasse Gruppe A.

Dorstfeld — Viktoria Dortmund 1:3.

B-Klasse.

Konkordia Bochum — Stiepel 0:2.
Westfalia Weitmar — Annen 1:0.
Gerthe — Witten 3:1.

Emscherkreis.

Westfalia Herne — Preußen Wanne 4:1.

Berg.-Märk. Gau (Gauliga):

Turnv. Düsseldorf — 08 Duisburg 0:2.
Elberfeld — Duisburger Sp. V. 0:1.
Gevelsberg — V. f. B. Remscheid 2:0.

Duisburger Kreisliga.

T. u. Sp. Beek — 06 Meiderich 3:1.
Germania Meiderich — Turnv. Duisburg 1:2.
Rheinhausen — Duisburger Preußen 0:2.
Homberg — 48 Duisburg 0:2.

Westfälischer Gau: Gauliga.

Arminia Bielefeld — Mindener Sp. Cl. 6:1.
99 Osnabrück — Hammer Spielverein 1:2.

Rheingau: Gauliga.

Spielverein Rheydt — F. V. Bonn 2:0.

Rhein. Südkreis (Kreisliga):

Rhenania Köln — Germania Düren 1:1.
Sp. V. Düren — T. R. Bonn 3:0.
93 Köln — Viktoria Köln 1:1.
F. C. Düren — Jugend Düren 1:1.
Mülheimer Sp. V. — Köln-Sülz 3:1.

Rhein. Westkreis (Kreisliga):

Union Krefeld — Preußen Krefeld 0:1.
Viktoria Goch — V. f. L. Krefeld 0:4.
Lürrip — Waldhausen 1:1.
Uerdingen — Sp. Fr. Neuß 2:0.

Ringkampf.

Ab 1. März ist für das Bunte Theater eine Internationale Ringkampf-Konkurrenz um den Europapreis von 30 000 Mk. verpflichtet, die infolge ihrer hervorragenden Besetzung ein Sportereignis allerersten Ranges zu werden scheint. Die bekannten Ringer des Kontinents, die Weltmeister Georg Strengs, Iwan Romanov, Hans Steinken, Ernst Erlenkamp, Hans Schwarz, Tom Jackson, sowie weitere 54 Ringer haben bestimmte Zusage gemacht. Außer dem Gesamtpreis werden täglich Sieger-Preise in Höhe von 1000—2000 Mark verteilt, wovon der Sieger 60 Proz. und der Besiegte 40 Proz. erhält, sodaß jeder Kampf auf das Hartnäckigste ausgefochten werden wird.

Handel / Industrie / Verkehr

Rheinisch-Westfälischer Devisenmarkt.

p. Das Geschäft war am Devisenmarkt in den gestrigen Nachmittagsstunden weiter lebhaft, um gegen Schluß allerdings etwas nachzulassen. Gegen 6 Uhr schlossen wieder etwas erhöht: **Holland 8750—8800, Brüssel 1990—2010, Paris 2090 bis 2110, London 1010—1014, Newyork 230—232, Schweiz 4500—4550.**

Amtliche Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen		25. Februar Geld	25. Februar Brief	27. Februar Geld	27. Februar Brief	Höchst. bish. G.
Holland	100 G.	8491.50	8505.50	8691.30	8708.70	1063.93
Belgien	100 Fr	1895.60	1899.40	1988.—	1992.—	2172.80
Norwegen	100 Kr.	3771.20	3778.80	3881.10	3888.90	4250.70
Dänemark	100 Kr.	4625.35	4634.65	4765.20	4774.80	5544.45
Schweden	100 Kr.	5869.10	5880.90	6003.95	6016.05	6899.10
Italien	100 Lir	1125.35	1127.65	1191.30	1193.70	1273.30
England	1 St.	976.50	978.50	1004.95	1007.05	1178.80
Amerika	1 D.	222.52	222.98	228.27	228.73	309.65
Frankreich	100 Fr.	1990.90	1994.50	2087.90	2092.10	2237.75
Schweiz	100 Fr.	4340.65	4349.35	4470.50	4479.50	5744.29
Spanien	100 Pes.	3526.45	3533.55	3641.35	3648.65	4165.80
Dtsch.-Oest.	100 Kr.	4.38	4.42	4.38	4.42	—.—
Tsch.-Slow.	100 Kr.	392.60	393.40	405.55	406.75	397.10
Ungarn	100 Kr.	32.16	32.24	32.61	32.69	—.—

Berliner Börsenkurse

vom 27. Februar 1922.

	24. 2.	27. 2.		24. 2.	27. 2.
Bankaktien			Eintr. Braunk.	1850.	1900.
Barmer Bankv.	—.—	307.—	Elberf. Farben	740.—	800.—
Com.u.Privatb.	—.—	339.—	Eschw. Berg	949.—	975.—
Darmst. Bank	—.—	329.—	Essener Steink.	1500.	1435.
Deutsche Bank	—.—	545.—	Flensb.Schiffsb	870.—	885.—
Disconto-Ges.	—.—	463.—	Gasmot. Deutz	855.—	880.—
Dresdner Bank	—.—	377.—	Gels. Bergw.	1199.	1250.
Ess.Cred.Anst.	—.—	326.—	Gels. Gußstahl	930.—	998.—
Reichsbank	—.—	224.—	Glas Schalke	4890.	5000.
			Goldschmidt	1302.	1342.
Brauereiaktien			Harp. Bergw.	1805.	1880.
Boch. Viktoria	—.—	970.—	Hasp. Eis. u. St.	—.—	—.—
Dortm. Aktien	—.—	898.—	Heckmann C.	3300.	3480.
Dortm. Union	—.—	1050.	Hirsch Kupfer	831.—	849.—
MüserLangend	—.—	—.—	Hohenlohe	1200.	1320.
Schleg.Scharp.	—.—	—.—	Howaldswerke	780.—	786.—
Schiffahrtsaktien			Höchst Farben	720.—	780.—
Hamb.Am.Pak.	—.—	507.—	Hösch Stahlw.	1325.	1435.
Nordd. Lloyd	—.—	402.—	Humb. Masch.	740.—	741.—
Industrieaktien			Ilse Bergbau	1660.	1675.
Adlerwerke	590.—	595.—	Kali Aschersl.	1240.	1340.
Akkumul. Hag.	1150.	1251.	Kosmos	—.—	—.—
Allg.Elekt.Ges.	880.—	940.—	Köln Neuessen	1450.	1461
Anglo Guano	1600.	—.—	Königsborn	—.—	2340.
Annener Guss	1325.	1500.	Küppersbusch	1450.	1500.
Arenberg	—.—	—.—	Lahmeyer&Co.	600.—	610.—
Bad. Anilin	735.—	795.—	Laurahütte	2450.	2350.
Balcke Masch.	1350.	1350.	Magd. Bergw.	—.—	1725.
Baroper Walz.	1068.	1085.	Mannesmann	1675.	1750.
Bergm. Elektr.	870.—	900.—	Mark Zement	1760.	1760.
Bismarckhütte	—.—	—.—	Masch. A.-Nb	1200.	1105.
Boch. Gels. Str.	—.—	—.—	Masch. Baum	1145.	1350.
Boch. Gußstahl	1275.	1305.	Mülh. Bergw.	1400.	1465.
Braunk. u. Brik.	1055.	1080.	Nation. Autom.	550.—	545.—
Buderus Eisen	1005.	1080.	Oberschl. Bed.	1310.	1319.
Busch Lüdensch	1094.	1080.	Orenst. Koppel	1190.	1250.
Caro	1090.	1099.	Phönix Bergw.	1200.	1295.
Chem. Griesh.	895.—	951.—	ReisholzPapier	699.—	710.—
Chem. Weiler	710.—	748.—	Rh.Braunkohle	1470.	1455.
Chem. Ind. Gels.	3075.	3600.	Rh.Stahlwerke	1375.	1450.
ConcordiaBerg	—.—	—.—	Riebeck Mont.	1600.	1650.
Cons. Schalke	2605.	2640.	Romb. Hütte	875.—	902.—
Daimler Mot.	589.—	597.—	Rütgerswerke	1020.	1025.
D.-Lux. Bergw.	1185.	1250.	Sarotti Schok	1300.	1398.
Deutsche Erdöl	2120.	—.—	SiemensHalske	1030.	1090.
Deutsche Kali	1530.	1580.	Schuckert Co.	800.—	845.—
Deutsch. Masch	960.—	1050.	Schwelm. Eisen	1750.	—.—
D. Schachtbau	1880.	1870.	Thale Eisen	5100.	5100.
Deutsch. Waff.	1532.	1520.	Westf. Drehtw.	674.—	700.—
DittmannNeuh.	4000.	4150.	„ Eis.u. Drah.	740.—	800.—
Dürkopp	915.—	950.—	Wicking Zem.	1150.	1235.
Dynamit Nobel	880.—	890.—	Witt. Gußstahl	—.—	—.—
			Zellst. Waldhof	930.—	969.—

p. **Essener Kurenbörse** vom 27. Febr. Die Börse verkehrte in Anbetracht des bevorstehenden Ultimos in großer Zurückhaltung. Die Umsätze bewegten sich in engen Grenzen, und die Kursveränderungen waren nicht nennenswert. Auf dem Kohlenkurenmarkt bestand einiges Interesse für Graf Bismarck und Ewald; auch Graf Schwerin und Langenbrahm waren zu gut behaupteten Preisen im Verkehr. Sonst wurden noch Glückauf Segen und Trappe zu etwas höheren Preisen aus dem Markt genommen. Auf dem Braunkohlenwertemarkt waren Zukunft-Aktien gefragt. In Kalikuxen war das Geschäft ebenfalls gering. Gehandelt wurden u. a. Alexandershall, Asse, Einigkeit und Heiligenroda. Etwas Interesse zeigte sich auch für Werte der Wilhelm Sauer-Gruppe, die durchweg zu etwas gebesserten Kursen gehandelt wurden. Volkenroda konnten 5000 Mark anziehen. Auf dem Kali-Aktienmarkt wurden in großen Posten Adler und Ronnenberg zu steigenden Kursen erworben.

p. **Düsseldorfer Getreidebörse** vom 27. Febr. Die Tendenz war fest. Es notierten: inl. Weizen 1100—1125, inl. Roggen 890—910, inl. Hafer 860—880, Futtergerste 940, Mais 940, Weizenmehl 1550—1750, Vollmehl 1225, Grand 720, Kleie 610—630, Speiseerbsen 1325—1400, weiße Bohnen 1200—1275, Futtererbsen 750—800, Ackerbohnen 800—825, Trockenschnitzel 650—680, Zuckerschnitzel 780—800, Rapskuchen 790—810, Palmkuchen 850—900, Leinkuchen 1200.

* **Stahlwerk Becker, A.-G., in Wittlich (Rhld.).** In der Aufsichtsratssitzung wurde die Halbjahrsbilanz vorgelegt. Der Umsatz des Halbjahres war um rund 40 Millionen Mark höher als der im ganzen vorigen Geschäftsjahr und läßt entsprechenden Ueberschuß. Das Werk ist in allen seinen Hauptabteilungen mit Aufträgen bis Schluß des Jahres reichlich versehen. Die bereits bekannt gewordene Transaktion mit dem deutsch-schweizerisch-französischen Syndikat über die Steinkohlenzechen wurde genehmigt.

* **Dortmunder Zementwerk, A.-G., Dortmund.** In der ordentlichen Generalversammlung wurde die Dividende mit 38 Prozent sofort zahlbar festgesetzt. Wie mitgeteilt wurde, sind die Aussichten für das laufende Jahr gut, da die Preise hoch stehen und die Erzeugnisse infolge technischer Neuerungen um das Doppelte gesteigert wurden. — In der außerordentlichen Generalversammlung wurde einstimmig beschlossen, das Grundkapital um 3 Mill. Mark durch Ausgabe von 2700 auf den Inhaber lautende Stammaktien und 300 Vorzugsaktien zu erhöhen.

p. **Bankhaus Alfred Fester u. Co., Komm.-Ges. auf Aktien, in Düsseldorf.** Der Aufsichtsrat dieses erst vor kurzem mit 50 Mill. Mark Kapital in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelten Bankhauses schlägt der im März stattfindenden Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals auf 100 Mill. Mk. vor infolge der großen Ausdehnung insbesondere der Berliner Filiale.

p. **Vereinigte Eisenhütten- und Maschinenbau-A.-G., Barmen** Wie wir hören, beabsichtigt der Aufsichtsrat, eine Dividende von 40 Prozent (gegen 30 Prozent) vorzuschlagen. Die Mehrheit des Aktienkapitals ist von einer Gruppe erworben worden, die der Weser-Schiffbau-A.-G. in Bremen nahesteht. Da auch eine andere Interessengruppe größere Aktienposten aufgekauft hat, hat sich ein Kampf um die Zweidrittel-Mehrheit der Aktien herausgebildet.

p. **Aktienspinnerei Aachen.** Die Generalversammlung genehmigte die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent auf die Stammaktien und von 6 Prozent auf die Vorzugsaktien.

p. **Mechanische Treibriemenweberei und Leder-Treibriemenfabrik, vormals Paul Grieger, A.-G., Berlin.** Wie wir hören, ist das Unternehmen außerordentlich gut beschäftigt. Es ist mit einer Dividende von 30 Prozent zu rechnen.

* **Preiserhöhung für Beleuchtungskörper.** Die Konvention der deutschen Erzeugung von Beleuchtungskörpern hat mit Wirkung ab 26. Febr. d. J. die bisherigen gültigen Teuerungszuschläge für Beleuchtungskörper in Messingausführung auf 200 Prozent, dito in Bleiguß auf 180 Prozent, dito in Eisen auf 160 Prozent erhöht.

* **Sarotti-Werke, Berlin.** Gestern fand eine stark besuchte Versammlung statt. Es wurde einstimmig beschlossen, das Grundkapital um 28 auf 100 Millionen Mark zu erhöhen. Direktor Tiede führte aus, daß die gesamten Versicherungssummen sich auf 90 Millionen Mark beliefen, in welche sich 30 erstklassige Gesellschaften teilen. Ein Teil des Brandschadens muß noch durch Selbstversicherung gedeckt werden.

* **Hilfsaktion für die Opfer des Zusammenbruchs der Pfälzischen Bank.** Die in der letzten Generalversammlung der Pfälzischen Bank angekündigte Hilfsaktion für die durch den Zusammenbruch der Bank verarmten Aktionäre ist nunmehr zustande gekommen. Von den Mitgliedern des Aufsichtsrats und der Zentraldirektion in Ludwigshafen sollen je 100 000 Mark für diese Hilfsaktion gezeichnet worden sein. Diese Zeichnung ergab zusammen 2 Millionen Mark.

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.
Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.
Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.
Wir sind unter Vorbehalt für
Kohlenwerte

Name	Käufer	Verk.	Name	Käufer	Verk.
Adler-Aktien	650	670	Graf Schwerin	450000	480000
Admiral	50000	60000	Heinrich	—	177000
Alte Haase	57000	60000	Helene & Amal.	—	—
Blankenburg	47000	53000	Joh. Deimelsb.	—	150000
Carl Friedrich	305	320	König Ludwig	825000	900000
Caroline	85000	90000	Langenbrahm	—	275000
Carolus Magn	—	—	LothringenAkt	1940	2000
Constant.d.Gr.	—	—	Mansfeld	32000	33000
Diergardt	134000	138000	Moers	88000	91000
Ewald	820000	900000	Oespel	—	—
Fr. Vog. u. Unv.	—	—	Schürb. & Charl	100000	130000
Fröhl. Morgens	—	—	ver. Trappe	64000	66000
Glückaufsegen	140000	150000	Trier	—	150000
Gottessegen	—	80000	Wilhelm. Mevis	153000	159000
Graf Bismarck	880000	950000			

Braunkohlenwerte

Bruckd.-Nietl.	170000	176000	Michel	158000	165000
Düren	—	—	Oscarsegen	14800	15500
Gute Hoffnung	75000	78000	Vesta	112000	117000
Leonhardt	160000	170000	Zukunft Akt.	1210	1265

Kaliwerte

Alexandershall	193000	200000	Hüpstedt	62000	65000
Asse	82000	86000	Johannashall	41000	44000
Bergmannssegen	175000	180000	Kaiseroda	310000	335000
Burbach	280000	300000	Königshall	145000	155000
Carlsfund	66000	70500	Marie	—	29000
Carlshall	36000	38000	Marie-Luise	—	29000
Desdemona	65000	70000	Max	—	29000
Einigkeit	76500	79000	Meimershaus.	10000	11000
Ellers	—	62000	Neurode	38000	40000
Felsenfest	63000	66000	Neustaßfurt	270000	290000
Friedrichroda	46000	48000	Oberhof	24000	28000
Fürstenhall	54000	—	Prinz Eugen	—	—
Gebra	84000	86000	Ransbach	36000	39000
Glückauf-Sond	265000	285000	Reinhardsbrun	28000	31000
Großh. W. Ernst	42000	43500	Rothenberg	14500	15300
Günthershall	64000	67000	Salzmünde	77000	79000
Habighorst	41000	43000	Siegfried I	64000	66000
Hansa-Silberb.	126000	132000	Siegfr. Giesen	—	110000
Heiligenroda	181000	188000	Thüringen	36000	37500
Heimboldsh.	—	31000	Volkenroda	110000	118000
Herta	38000	40000	Walbeck	78000	83000
Heringen	50000	55000	Wilhelmshall	135000	140000
Hindenburg	145000	155000	Wintershall	120000	300000

Kali-Aktien

AdlerStamm-A	1110	1150	Krügershall-A	930	950
Hall. Kali-Akt.	1200	1230	Ronnenberg-A	1530	1560
Heldburg-Akt.	940	960	Salzdethfurt-A	—	—
Justus-Akt.	—	—	Siegmunds.-A.	—	—

unnotierte Werte

Beck Stahlw-A	610	615	Eisenh. Westf	—	—
Benz alte Akt.	700	730	Halbach M.-A.	540	560
Benz junge Akt	—	680	Kabelw Rheydt	960	970
Brückb. Flend.	1120	1140	Ludwig Ganz	—	—
Deut. Masch-A	—	—	Lamb. & May	—	—
Dortm. Ritterbr	—	—	Rh.-W. Elekt-A	805	820
Elitewerke-A.	650	690	Uerd. Wag.-A.	—	—
			Rh-W Schachtb	700	720

Statt besonderer Anzeige.

Nach langem, schwerem Leiden entschlief heute mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr 9556

Louis Bamberger

im 55. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:
Toni Bamberger geb. Wiechers
Hugo Bamberger
Marta Bamberger
Toni Bamberger.

Godesberg a. Rh., 26. Februar 1922.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 1. März, nachmittags 3¼ Uhr vom Sterbehause Augustastr. 34 aus statt.
Trauerfeier ¼ Stunde vorher im Hause.

Für die wohltuende Teilnahme an unserer Trauer sprechen wir unseren **herzlichsten Dank** aus.

Bochum, Februar 1922.

Familie Gerstein.

Bei Nerven- u. Herzschwäche
9316
ist **Sozon-Elixier** das unübertroffene Kräftigungsmittel. Mehrfach prämiiert, gesetzlich geschützt. Man hüte sich vor Nachahmungen und achte auf den Namen Sozon-Elixier. Große Flasche **30.-** Mark, kleine Flasche **16.50** Mark. — Allein echt im
Wörlshofener Kräuterhaus, Viktoriastr. 3

Homburg Kunst-Porzellan

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.
(Alte Stuttgarter)
Größte europäische Lebensvers.-Ges. auf Gegenseitigkeit
Vers.-Stand 2,6 Milliarden Mk.
sucht f. d. Westfälischen Industriebezirk tatkräftigen, in Akquisition und Organisation erfahrenen
Bezirksbeamten.
Direkter Verkehr. Bei Bewährung spätere Ruhegehaltsberechtigung. Angebote mit Lichtbild an den Bankvorstand. 9224

Aufpolstern
von Sofas u. Matratzen sowie sämtliche Polstermöbel erledigt zu äußerst billigen Preisen
Polsterei
Alfred Wagener
Brückstraße 63. 9563

Großes rheinisches Hüttenwerk
sucht zum sofortigen Eintritt gegen guten Akkordlohn 9533
mehrere Richter
für Staatsbahnschienen.
Angebote erbeten unter Nr. **6046** an die Annonc.-Exped. Friedr. Schau, Duisburg.

Bauern-Dienstbote
per sofort oder gegen Mai gesucht; nicht älter als 20 Jahre, evangelisch, bevorzugt solche, die melken können. Auf Ersuchen in Nimwegen abholen. 9557
J. Boele, Viehzüchter,
Bleskensgraaf bei Dordrecht (Holland).

Familien-Nachrichten.

Geboren: Ein Mädchen: Hugo Röhken, Walter Hornmann, beide Bochum.
Verwählte: Dr. phil. Friedr. Grell mit Aenne Burgmann, Berlin.
Gestorben: Stellwerkmeister Georg Schnittker, 53 J., August Grünheid, 65 J., Walter Angenendt, 13 J., Bochum. Frau Jos. Wirtus geb. Simmen, Brammen.

Bekanntmachung.
Dienstag, den 28. Febr., nachmittags 4 Uhr soll im nördlichen Ladegeleise
ein Wagen Grünkohl
3200 Kilo
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden. 9566
Güterabfertigung Bochum-Hauptbahnhof.

Offene Stellen

Für Schuhmacher!
1 Motor (Drehstrom) 2 PS. mit Anlasser und 1 Ausputzmaschine zu verkaufen. Auch einzeln abzugeben. 9572
Linden, Bruchstr. 6, Nähe Wirt Dickerhoff.

Für ein größeres kaufmännisches Büro wird zum möglichst sofortigen Eintritt eine
Buchhalterin
gesucht. Dieselbe muß in der Buchhaltung durchaus erfahren sein und sicher arbeiten können.
Daselbst wird auch ein
Lehrling
mit guter Schulbildung gesucht.
Schriftliche Angebote mit Gehaltsansprüchen unter Nr. **9517** an die Gesch. d. Ztg. erbeten.

Junge flotte Stenotypistin,
welche auch mit allen sonstigen Kontorarbeiten vertraut sein muß, zum sofortig. Eintritt gesucht.
Ebendaselbst (Werkzeug-Großhandlung)
ein Lehrling
gesucht, der über beste Zeugnisse und Empfehlungen verfügt.
Gefl. Ang. m. Lebenslauf, Zeugnisabschrift. u. Angabe der Gehaltsansprüche erbeten unter Nr. **9559** a. d. Gesch. d. Ztg.

Städt. Arbeitsamt
Bochum, Trankgasse Nr. 7
9519 Eingang E
(Scharpenseel-Brauerei)
Die männliche Abteilung
(Telefon Stadtverw. Nebenstelle Nr. 118) sucht:
Dreher, Bau-, Möbel- u. Maschinen-Schreiner, Gußputzer, Kranführer, Former, Laufjungen, Ackerknechte, ältere Platzarbeiter für Holzplatz.
Die Abteilung für Lehrlinge
(Telefon Stadtverw. Nebenstelle Nr. 144) sucht:
Huf- und Wagenschmied Messerschmied, Klempner, Friseure, Maler und Anstreicher, Photograph, Bäcker u. ausw., Buchdrucker, Stellmacher, Wagenlackierer, Glasschleifer, Sattler, Bürolehrling (O 11)
Die weibliche Abteilung
Telefon Stadtverw. Nebenstelle Nr. 119) sucht:
Haus- u. Küchenmädchen, ½-, ¾- u. Tagesmädchen, Stützen hier u. auswärts, Mädchen für landwirtsch. Haushaltungen, Mädchen und Frauen für landw. Tagesarbeiten in Hannover, Stütze f. Restaurant, vers. Stenotypistin.
Die Abteilg. f. Lehrmädchen
(Telefon Stadtverw. Nebenstelle Nr. 145) sucht:
Lehrmädchen f. häusliche Berufe auf dem Lande. Färberei.
Für die Arbeitgeber:
Zu Ostern werden offene Lehrstellen für folgende Berufe gesucht:
Schneiderei, Weißnäherei, Putzmacherin, Stickerin. Verkäuferin und Kontoristin.

Sauberes Mädchen
für ½ Tag in besserem Haushalt gesucht. 9518
Wilhelmsplatz 8 II.

Durchaus tüchtiges
Fräulein
bewand. in Stenographie, Maschinenschreiben und Büroarbeiten zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote unt. Nr. **9561** an die Gesch. d. Ztg. erbet er

Kaufe 9425
Möbel, Federbetten, ganze Einrichtungen u. Kleidungsstücke. Strom wasser, Marienstr 20.

Gebr., gut erhaltenes
Damenfahrrad
zu kaufen gesucht. Zu e. frag. in der Gesch. d. Ztg.

Herrenzimmer-Schreibtisch
aus Privathand zu kaufen gesucht.
Angebote unt. Nr. **9520** an die Geschäftsst. d. Bl.

Kleine u. große Höfe
hat stets anzub., geg. Rückporto. Grundstücksmakler Glindemann, Neumünster

Geldmarkt

Geld streng diskret, auch gegen stehenbleib. Sicherheit, Ratenrückzahl. Rückkt., Million, Berlin SW. 47, Lichterfelderstraße 33.

Jung. schw. Dackel
mit brauner Zeichnung u. neuem braunen Halsgurt (auf den Namen „Meune" hörend) Sonntag mittag gegen 1 Uhr in der Bergstraße, Richtung Augusta-Viktoria-Allee abhand. gekommen. Gegen hohe Belohng. abzug. b. Bohlin, Reichshof 51, I.